

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 294 · 25. JAHRGANG · AUSGABE 8/2019 VOM 28. AUGUST 2019 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Deckelung der kommunalen Kosten**  
Forderung zum Finowkanal

11 | **»Vergiß die Milchkanne nicht«**  
Mittel gegen Plastiksintflut

12 | **Ein vergessener KPD-Chef: Arthur Ewert**  
Vor 60 Jahren starb er in Eberswalde

Aufruf zum Weltfriedenstag am 1. September in Eberswalde:

## *Frieden ist unser wichtigstes Gut*



Es ist jetzt 20 Jahre her, daß Eberswalder Bürger gegen den Jugoslawienkrieg auf die Straße gingen. Im Kreistag reichte die PDS einen Beschluß gegen die militärische Nutzung des Flugplatzes Finow ein. Es fanden Mahnwachen auf dem Marktplatz gegen den Jugoslawienkrieg statt.

In der Folge gründeten am 1. Oktober 2001 Vertreter verschiedener Organisationen und Initiativen sowie Einzelpersonen in Eberswalde das Bündnis für den Frieden Eberswalde.

In diesen 20 Jahren gab es eine Vielzahl von Aktionen in Eberswalde und darüber hinaus. All denen, die dabei mitgewirkt haben, gebührt unser Dank.

Der Frieden in dieser Welt ist in diesen 20 Jahren nicht sicherer geworden. Daher ruft das Bündnis für den Frieden Eberswal-



Martin Appel, Pfarrer i.R. gehörte am Weltfriedenstag 2018 neben dem Bürgermeister Friedhelm Boginski und Albrecht Triller vom Bündnis für den Frieden Eberswalde zu den Hauptredner des Tages

Foto: GERD MARKMANN

de wie auch in den vergangenen Jahren zum Weltfriedenstag am 1. September alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt auf, für den Frieden auf die Straße zu gehen.

Mitaufrufer sind die Eberswalder Kirchen, die offene Gruppe RECHT AUF STADT EBERSWALDE, FRIDAY FOR FUTURE BARNIM und weitere Gruppen und Einzelpersonen.

Uns eint unser wichtigstes gemeinsames Interesse – der Frieden in einer lebenswerten Welt.

Bedroht ist heute mehr denn je nicht nur der Weltfrieden – bedroht sind ebenso die Lebensgrundlagen dieser Welt. Gemeinsam müssen wir darum ringen, daß unsere Welt weder im Bombenhagel noch infolge der Klimakatastrophe untergeht. Wir müssen erreichen, daß alle Regierungen dieser Erde endlich die dringend notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens und zur Verhinderung der Klimakatastrophe ergreifen.

Obwohl der Weltfriedenstag am 1. September 2019 in diesem Jahr auf einen Sonntag fällt, an dem auch noch der Landtag gewählt wird, findet die Kundgebung an diesem Tage – mit Rücksicht auf den um 10 Uhr beginnenden Gottesdienst – erst um 11.15 Uhr auf dem Marktplatz Eberswalde.

Das Vorprogramm und Gespräche mit den Bürgern beginnen bereits ab 10.30 Uhr.

Die Aufrufer hoffen auf eine zahlreiche Teilnahme.

**BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN EBERSWALDE**

## Vor dem Sturm

Kommenden Sonntag, am Weltfriedenstag, in Gedanken mit den Ursachen des zweiten Weltkrieges befaßt, dürfen wir den siebenten Landtag des Landes Brandenburg wählen. Zur Wahl stehen Kandidaten von elf Vereinigungen. Falls Sie Ihre Stimme abgeben wollen – die Entscheidungen werden knapp. Im Landtag sind Vertreter von sieben Vereinigungen zu erwarten. Der Wahlsieger repräsentiert dann ein Zehntel der Bevölkerung.

Das Angebot erscheint groß, die Unterschiede sind eher klein. Irgendwie harmlos und unbedarft lächeln Kandidaten von den vielen Plakaten. Kompetenz und Weitsicht sucht man vergebens in den unverfänglichen Bildern und banalen Sprüchen. Die Kandidaten bieten hier eine Wohltat und dort eine kleine Nachbesserung. Man spürt ihren starken Drang zur Macht. Sehen diese Leute durch? Haben sie einen Plan? Sind sie den Aufgaben gewachsen? Wissen sie was sie wollen? Eine große Ratlosigkeit macht sich breit.

Es gäbe viel zu tun. Die Umwälzungen der vergangenen Jahre in der Gesellschaft sind weder abgeschlossen noch zufriedenstellend. Mit ungeahntem Tempo verändern sich das Zusammenleben und das Wirtschaften der Menschen. Mit der Wundermaschine Kapitalismus schaffen wir uns immer neue, kompliziertere Probleme und mehr Waren, Produkte und Dienstleistungen. Wir haben so viel davon, daß das Zeug weg muß. Zum Glück gibt es noch ein paar Länder auf der Welt, die den ganzen Kram haben wollen. Mit dem Kapitalismus produzieren wir vor allem Geld und immer mehr Ungleichheit. Die Gesellschaft wird immer reicher, komplexer und differenzierter. Beziehungen zerbrechen. Ungeahnte Möglichkeiten für ein besseres Leben tun sich auf.

Die unzähligen Veränderungen lassen sich von einem Einzelnen kaum erfassen. Wir müßten endlich reden. Statt übereinander und über die vielen Probleme und vermeintlichen Lösungen, zunächst miteinander und darüber, ob man das Zeug und die vielen Veränderungen braucht und will. Und was mit unserer Wundermaschine werden soll. Man könnte sich in dem Wohlstand einrichten, wenn man zur Ruhe käme und einen Plan hätte.

Über dem Gewusel thronen unzählige Einrichtungen und Angestellte des überforderten Staates und versuchen mit immer mehr Vorschriften das Zusammenleben in unserer immer komplexeren Gesellschaft zu organisieren. Wenn Sie glauben, daß die Kandidaten auch nur einen kleinen Einfluß auf die Institutionen und das Verhalten der Angestellten des Staates haben, dann wählen Sie eine junge Frau oder einen jungen Mann. Die wissen auch nicht, wie es geht und was und wie sie es machen sollen, sind aber vielleicht lernfähig. Und sie haben mehr Zeit als die Alten und müssen länger mit ihren Fehlern leben.

Dr. MANFRED PFAFF

## Solidarisches Abendessen in Biesenthal

Biesenthal ohne Rassismus: Im letzten September gab es das erste Abendessen unter der Eiche am Marktplatz in Biesenthal. Für eine leuchtende Stunde kamen 250 Menschen verschiedensten Alters, Glaubens, Herkunft und auch sonst vielfältiger Arten und Weisen zusammen. Gemeinsam wurde bei musikalischer Untermalung gegessen, sich ausgetauscht und ein Zeichen für ein offenes und solidarisches Miteinander und gegen Ausgrenzung und Rassismus gesetzt.

Ein Jahr ist vergangen und es gibt nicht weniger Notwendigkeit, ganz klar zu zeigen, für was wir stehen und wie unsere Stadt, unsere Welt aussehen soll. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Rassistische Beleidigungen, Anfeindungen und Übergriffe nehmen überall zu. Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind.

Mitten in Biesenthal: Wir laden am 29.8.2019 um 18 Uhr zum gemeinsamen Abendbrot ein. Bringt euer Essen mit, teilt was euch schmeckt, probiert was andere mögen.



Geschirr, Tische und Bänke sind vorhanden – mit Musik und Kulturbeitrag -

Es laden ein: Café M.E.N.S.C.H., Willkommensinitiative Biesenthal, Barnim für alle, Evangelische Kirchengemeinde Biesenthal, Lokale Agenda 21 e.V., Wukania Projekthof, Kultur im Bahnhof e.V., Bürgerforum Biesenthal, Barnimer Bürger\*innenasyl, der Bürgermeister von Biesenthal, DIE LINKE Biesenthal, Die Grünen Barnim

**Für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit.**

**Für ein solidarisches und soziales Miteinander statt Ausgrenzung und Rassismus. Für das Recht auf Schutz und Asyl.**

**Für eine offene und freie, vielfältige Gesellschaft.**

**Solidarität kennt keine Grenzen!**

## Den Faschismus nicht unterschätzen

»Der Faschismus ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, daß das Proletariat sich kämpfend erhob. Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Rußland eingeleitet worden ist, weitergeführt und weitergetrieben hat. Und der Träger des Faschismus ist nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen. Über diese wesentlichen Unterschiede müssen wir uns klar sein, wenn wir mit dem Faschismus fertig werden wollen.«

CLARA ZETKIN

In: Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (20. Juni 1923), Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Band II, Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923, Berlin (DDR) 1960, S. 689-729, hier: S. 690.

## Chance für Konkordanzdemokratie

**Bernau (bbp).** Laut der jüngsten Prognose der Plattform [wahlkreisprognose.de](http://wahlkreisprognose.de) kann der Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegung/Freeie Wähler (BVB/Freeie Wähler) am 1. September der Einzug in den Landtag gelingen. Zwar wird deren Zweitstimmenergebnis nur auf 4 Prozent geschätzt, aber im Bernauer Wahlkreis zeichnet sich die Möglichkeit ab, daß das Direktmandat an PÉTER VIDA von BVB/Freeie Wähler geht. Dank der Grundmandatsklausel würde dann die Fünf-Prozent-Hürde entfallen und die Wählervereinigung könnte mit vier bis fünf Abgeordneten in den Landtag einziehen. Damit gäbe es keine Regierungsmehrheit für Rot-Rot-Grün und viele andere Konstellationen, was »die Möglichkeit eines neuen Politikansatzes«,

eröffne, wie Péter Vida erklärt, der bereits seit 2014 Mitglied des Landtages ist. »Die von BVB/Freeie Wähler beworbene Konkordanzdemokratie kann Wirklichkeit werden: Ein neues Politikexperiment mit wechselnden Mehrheiten für Sachthemen anstelle des aus der Zeit gefallenen Prinzips von harter Regierung und Opposition.«

Der Wiedereinzug in den Landtag in Gruppen- oder Fraktionsstärke, so Vida weiter, wäre »die Grundlage für die Umsetzung wichtiger Ziele von BVB/Freeie Wähler: Kein weiteres Landesgeld für den Flughafen BER, kostenlose Kitas, ökonomisch und ökologisch verträglicher Braunkohleausstieg, Infrastrukturschub für den ländlichen Raum, Offenhaltung von Tegel, Bestandsgarantie für alle Schulen.«



# Generalstreik für das Klima

**GRETA THUNBERG, LUISA NEUBAUER und viele andere junge Menschen von Fridays for Future (FFF) rufen für den 20. September zu einem weltweiten Klimastreiktag auf:**

»Jahre sind mit Gerede vergangen, mit unzähligen Verhandlungen, mit nutzlosen Vereinbarungen zum Klimawandel. Firmen, die fossile Brennstoffe fördern, durften jahrzehntelang ungehindert in unseren Böden schürfen und unsere Zukunft abfackeln. Politiker wußten seit Jahrzehnten über den Klimawandel Bescheid. Sie haben die Verantwortung für unsere Zukunft bereitwillig Profiteuren überlassen, deren Suche nach schnellem Geld unsere Existenz bedroht. ... Wir jungen Leute können unseren Beitrag für einen größeren Kampf leisten, und das kann einen großen Unterschied machen. Aber das funktioniert nur, wenn unser Aufruf als Aufruf verstanden wird.

Deswegen ist dies unsere Einladung.

Am Freitag, 20. September, werden wir mit einem weltweiten Streik eine Aktionswoche für das Klima beginnen. Wir bitten Sie, sich uns anzuschließen. Es gibt in verschiedenen Teilen der Welt viele verschiedene Pläne für Erwachsene sich zusammenzuschließen, Farbe zu bekennen und sich für unser Klima aus der Komfortzone heraus zu wagen. Laßt uns diese Pläne zusammenbringen. Gehen Sie an diesem Tag mit ihren Nachbarn, Kollegen, Freunden und Familien auf die Straße, damit unsere Stimmen gehört werden und dies ein Wendepunkt wird. ...um alles zu verändern, brauchen wir alle. Es ist Zeit für uns alle, massenhaften Widerstand zu leisten – wir haben gezeigt, daß kollektive Aktionen funktionieren. Wir müssen den Druck erhöhen, um sicherzustellen, daß der Wandel passiert. Und wir müssen ihn gemeinsam be-

schleunigen. Dies ist also unsere Chance – schließt euch unseren Klimastreiks und -aktionen in diesem September an.«

Inzwischen haben sich die GEWERKSCHAFTER FÜR DEN KLIMASCHUTZ dem Aufruf angeschlossen. Sie wollen ihren Beitrag dazu leisten, »daß der 20. September Auftakt zu einer Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Gesellschaft wird. An diesem Tag können Betriebsversammlungen stattfinden, Aushänge gemacht und Flugblätter verteilt werden. Es können Warnstreiks für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Erneuerbaren Energien organisiert und für die Beteiligung an den Demonstrationen mobilisiert werden. Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, kreativ mitzuwirken, damit die Gewerkschaften und Beschäftigte aktiver Teil der Klimabewegung werden.«

»**Streikt mit uns am 20. September!**« fordert FFF. Ihr Motto für den »globalen Streik« lautet **#AlleFürsKlima**.

»Egal wie alt ihr seid, aus welcher sozialen Schicht ihr kommt, welche Herkunft ihr habt, an welchen Gott ihr glaubt – die Klimakrise betrifft uns alle!

Markiert euch den Termin im Terminkalender, erzählt es euren Familien, Arbeitskolleginnen und -kollegen, Freunden, Bekannten und allen, die ihr sonst noch kennt ... und geht am 20. September zu eurer lokalen Demonstration. **Denn es ist zu spät, um jetzt aufzugeben, aber vielleicht noch früh genug um zu handeln!**«

Initiative RECHT AUF STADT:

## Für ein solidarisches Eberswalde

**Eberswalde (bbp).** Die Initiative RECHT AUF STADT (RaS) besteht aus alteingesessenen und neuzugezogenen Eberswaldern. Sie entstand aus dem Unbehagen einer schleichenden Verschärfung sozialer Ungleichheit, unter anderem hervorgerufen durch Politikversagen am Wohnungsmarkt. Stetig steigende Mieten und Sanierungen für ein gutverdienendes Klientel verdrängen Menschen aus innerstädtischen Quartieren. Während viele Wohnungen leer stehen, ist bezahlbarer Wohnraum im Viertel der Wahl schwer zu finden. Viele müßten schon jetzt einen zu hohen Teil ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aufwenden, meint RaS. »Gutes Wohnen ist ein Menschenrecht und darf nicht ökonomischen Zwängen unterliegen!« Die Initiative will auf gesellschaftspolitische Mißstände hinweisen und zugleich mit den politisch Verantwortlichen in Eberswalde in den Dialog treten. RaS ruft die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger auf, aktiv für ihre Rechte einzustehen. Die Initiative steht neuen Mitstreitern offen gegenüber.

Was will die Initiative Recht auf Stadt?

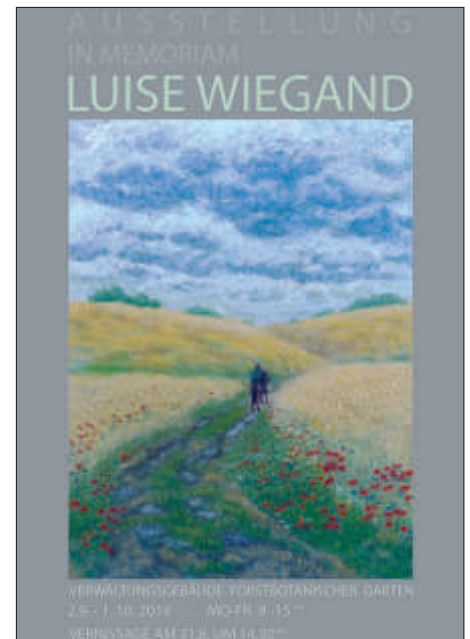
### 1) Reform der WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH

- Prüfung der aktuellen Rechtsform und Umwandlung in einen städtischen Eigenbetrieb
- Demokratisierung der WHG (mehr Mitspracherecht des Mieterbeirats bei Planungen und Entscheidungen; dauerhafter Platz im Aufsichtsrat für ein Beiratsmitglied, mehr Transparenz bei Konzeptstellungen und Investitionen)
- die WHG sollte dämpfend auf die Mietentwicklung in der Stadt einwirken, um Grundstück- und Immobilienspekulationen in Eberswalde zu verhindern
- Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen
- Wohnungstausche in kleinere oder größere Wohnungen ermöglichen, ohne daß die Kaltmiete pro Quadratmeter dabei angehoben wird (vor allem für Seniorinnen und Senioren oder Eltern, deren Kinder ausgezogen sind)

### 2) Sozial verträgliche Mieten für alle

- bezahlbares Wohnen sollte in allen Stadtteilen für jeden möglich sein

## Luise-Wiegand-Ausstellung



Am Samstag, den 31. August, gibt es um 14.30 Uhr im Verwaltungsgebäude des Forstbotanischen Gartens (Am Zainhammer 5) eine Vernissage zur Ausstellung »In Memoriam Luise Wiegand - Bilder aus drei Jahrzehnten«.

Luise Wiegand wurde 1951 geboren, wuchs in Eberswalde auf und starb dort 2014.

Ihr künstlerisches Rüstzeug erwarb sie u.a. während des Studiums an der Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle, Burg Giebichenstein. Sie schuf zahlreiche, sehr stimmungsvolle Landschaftsbilder (u.a. aus dem Raum Chorin/Brodowin), Porträts und Pflanzenzeichnungen. Die Bilder entstanden mit einem feinen Gespür für die Atmosphäre des Ortes, die besonderen Lichtverhältnisse und die jahreszeitlichen Besonderheiten.

Luise Wiegand lebte sehr zurückgezogen, und so waren ihre Werke nur wenigen bekannt. Die Ausstellung geht noch bis zum 1. Oktober.

ANDREAS TIMM

- keine Verdrängung einzelner sozialer Gruppen aus innerstädtischen Quartieren
- Festsetzung der Mieten auf Basis der realen Kosten
- Schluß mit Einzellösungen, sondern Anerkennung des immer weiteren Anstiegs der Mieten als allgemeines Problem

### 3) Leerstehende Wohnungen wieder nutzbar machen

- Zwischennutzungskonzepte fördern
- Sanierung nach Bedürfnissen der Nutzer\*innen
- Eigensanierungen ermöglichen
- für den Umgang mit Leerstand demokratische Prozesse in der Stadt anregen

### 4) Klimagerechte Stadtentwicklung

- Innerstädtische Grünflächen erhalten
- Ausbau des Radwegenetzes
- kostenloser und ökologisch verträglicher ÖPNV
- autofreie Innenstadt

## Tafel verdient Unterstützung

Die Tafeln haben auch im Barnim einen gesellschaftlichen Stellenwert erlangt. Ihnen kommt eine sozialpolitische Bedeutung zu. Die Tätigkeit der zahlreichen ehrenamtlichen Helfer geht mittlerweile weit über das klassische Wirken eines Vereins hinaus. Wir wollen daher, daß der Landkreis der Arbeit der Tafeln im Barnim eine spürbare Unterstützung gibt.

Wöchentlich erfährt eine vierstellige Zahl an Menschen in unserem Landkreis die Hilfe des wohltätigen Vereins. Regelmäßig werden umfangreiche Touren zu den verschiedenen Orten gefahren, um alle Ausgabestellen mit frischen Lebensmitteln zu beliefern. Dabei ist festzustellen, daß der Bedarf vorhanden ist. Nahezu jede Arbeit wird ehrenamtlich geleistet. Die Tätigkeit umfaßt vom Abholen von den Supermärkten über das Sortieren samt Beachtung der Kühlkette auch das bedarfsgerechte Verteilen. Der logistische Aufwand sowie die Fahrkosten sind enorm. Auch wenn die Tafeln teilweise von den Gemeinden unterstützt werden (so etwa in Bernau), ist anzuerkennen, daß sie eine überörtliche Funktion haben und entsprechende Leistungen erbringen.

Daher schlägt die Fraktion BVB/Freie Wähler eine institutionelle Förderung der Tafeln durch den Landkreis vor. Diese könnte sich beispielsweise auf die Bereitstellung von Fahrzeugen und die Ausrüstung von Kühleinrichtungen beziehen. Als ersten Schritt erhält die Tafel eine Spende von BVB/Freie Wähler.

SVEN WELLER

**Barnimer Bürgerpost abonnieren!**  
www.barnimer-buergerpost.de

**Bernau (best/bbp).** »Bike & Beer« hieß es am 17. August in der Bernauer Innenstadt. Dabei drehte es sich, so Iris Rennhaag von der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH, »um nachhaltige Mobilität und traditionelle Braukunst, ... zwei Themen, die auf den ersten Blick nicht zusammenpassen und doch jeweils eine wichtige Rolle in der Bernauer Stadtentwicklung spielen«.

Besucher konnten auf einer »3-Tore-Tour« Interessantes über die verschiedenen Möglichkeiten nachhaltiger Fortbewegung erfahren und auch selbst ausprobieren. Die Bernauer Stadtführer erzählten die ein oder andere Bier-Geschichte und für den Gaumen hatten Heiko Peckel den Bernauer Torwächter, die Braugenossen ihr selbst gebranntes Bier und die Berliner Berg Brauerei ihr Pale Ale und Pils im Gepäck.

Auf dem Steintorplatz gab es ab 10 Uhr die ganze Bandbreite an Informationen über nachhaltige Mobilität und die Möglichkeiten, diese auch selbst aktiv auszuprobieren. Das ganze wurde begleitet von einem bunten Bühnenprogramm. Die Themen Familienmobilität, Hybrid-Autos, eBikes und barrierefreie Mobilität kamen zur Sprache. Höhepunkte waren der Rollerwettbewerb von Roll on Berlin, der Auf-

Finowkanal:

## Deckelung der kommunalen Kosten

**Wir als BVB/Freie Wähler fordern eine strikte Deckelung der jährlichen kommunalen Kosten für die Gemeinden und Städte im Unterhalt des Finowkanals und des dazugehörigen Schleusenregimes.**

**Was ist aktuell...**

Im Sommer 2018 hatte die KAG Region Finowkanal gegenüber dem Bund erklärt, daß ihre Mitglieder nicht die Finanzkraft besitzen, das Vorhaben der Übernahme der Schleusen am Finowkanal zu realisieren. Mehr als 800.000 Euro müßten die Kommunen jedes Jahr aus ihren Mitteln für freiwillige Aufgaben aufbringen. Ohne Mittel vom Kreis, Bund und auch dem Land Brandenburg ist dies weder seriös noch haushaltspolitisch umsetzbar. Aktuell gibt es unter der Führung des Landkreises Verhandlungen mit dem Bund, den KAG-Kommunen und auch dem Land, um doch noch eine Übernahme der Schleusen zu erreichen.

**Was wir wollen...**

Wir sind klar für den Erhalt des Finowkanals mit allen Schleusen und den heutigen Betriebsumfang und Möglichkeiten. Das umfaßt die vollständige Befahrung, auch mit Motor- und Sportbooten, dies jedoch nicht zu jedem Preis. Unser Antrag im Landtag, eingebracht von Péter Vida im letzten September, sollte die Landesregierung mit an den Verhandlungstisch bringen und auch eine Kostenübernahme des Landes beinhalten. Im Land wie auch im Kreis wurde unser Antrag abgelehnt. Und jetzt wird durch den Kreis mit heißer Nadel an einer Übernahme gearbeitet. Der Übernahmeplan wäre teils tragfähig, aber die Verhandlungen

sind wieder nicht transparent – weder für die Vertreter der Städte und Gemeinden und erst recht nicht für die Bürger.

**Was wir daher fordern...**

Daher ist aus unserer Sicht für diese Generationenaufgabe, die ohne Erfahrungswerte in dieser Größenordnung für die Kommunen einer Herkulesaufgabe gleichkommt, eine strikte Deckelung, wie Schorfheide sich diese gab, der jährlichen kommunalen Kosten im Unterhalt und Schleusenregime einzufordern. Die restlichen jährlichen Kosten sind durch den Bund, das Land und den Landkreis zu übernehmen. In den aktuell laufenden Verhandlungen steht eine jährliche Übernahmezuschuss von 25% dieser Kosten vom Bund im Raum. Nur wenn auch das Land Brandenburg und der Kreis hier ähnliches verbindlich leisten, wäre es aus unserer Sicht ein tragfähiges Konstrukt, das auch 25 Jahre lang hält.

**Wir halten fest...**

Der Finowkanal in seiner jetzigen Art ist ein Stück Kulturlandschaft, ein Stück Heimat für viele Menschen dieser Region. Wir werden uns auch weiterhin für den Erhalt dieser Wasserstraße einsetzen. Nicht nur der Bund ist in der Verantwortung, sondern aus unserer Sicht auch das Land. Diese darf nicht auf die Gemeinden abgewälzt werden.

SVEN WELLER und OSKAR DIETTERLE

## Fahrräder und Bier in Bernau



tritt vom Circus Lumina und nicht zuletzt die große Fahrradversteigerung der Fahrradwerkstatt Integration.

Nahe des Mühlentors ging es hauptsächlich um die Braukunst. Das kulinarische Angebot vom Café Mühle wurde durch den »Bier-Trabbi« der Bernauer Braugenossen sowie viele interessante Informationen über ihr Bier und die Pläne der Genossenschaft ergänzt. Neben dem Mühlentor konnte man auch den Rats- und Braukeller besichtigen und dort den Geschichtenerzählungen der Stadtführer über das alte Bernau lauschen.

Der dritte Standort beim Eingang zum Stadtpark in der Berliner Straße konzentrierte sich auf das Thema barrierefreie Fortbewegung. Verschiedene Hilfsmittel wurden gezeigt und Mutige konnten auf einem Rollstuhlparcours probieren, wie alltägliche Situationen in einem Rollstuhl zu Herausforderungen werden.

Auch der Circus Lumina war vor Ort und zeigte allerhand Kunststücke auch zum selber ausprobieren.

Zwischen den Stationen pendelte ganztags ein kostenfreier Rikscha-Service. Wer den Spaziergang durch die Bernauer Innenstadt wählte, konnte die verschiedenen Aktionen der Mitglieder der Werbegemeinschaft »Bernauer Innenstadt« von »Kirsch-Bier-Eis« im Café und Eismanufaktur »Alte Post«, über »Pimp my bike« mit der Buchhandlung Schatzinsel bis zum Sportbrillenteam im Windkanal mit lux Augenoptik entdecken.



## Qualifizierter Mietspiegel für Bernau?

**Bernau (bbp).** Bernau soll einen qualifizierten Mietspiegel bekommen. Das beantragte die seit der diesjährigen Kommunalwahl stärkste Fraktion in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung (StVV) von BVB/Freie Wähler. Einen entsprechenden Vorschlag hatte die Fraktion für die Sitzung am 21. August eingereicht. »Seit geraumer Zeit wird im politischen Raum über die Mietpreisentwicklung in der Stadt diskutiert«, erklärt der Fraktionsvorsitzende Thomas Stresse. »Dabei werden verschiedene Maßnahmen zur Begrenzung des Mietanstiegs erwogen. Bei diesen Überlegungen ist zu beachten, daß sich der Anteil der Privatvermieter in der letzten Zeit deutlich erhöht hat. Dementsprechend vielfältig werden auch die durch § 558 BGB gegebenen Möglichkeiten zur Mieterhöhung genutzt. Zwar unterfällt Bernau auch der verschärften Kappungsgrenzenverordnung, dennoch sind weiterhin beträchtliche Erhöhungen möglich.« Die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels ist, so Stresse, »ein weiteres Instrument, die Mietpreisentwicklung zu bremsen bzw. transparenter zu gestalten«.

So ein qualifizierter Mietspiegel ist nach wissenschaftlichen Kriterien zu erarbeiten und bietet eine belastbare Datengrundlage beim zivilrechtlichen Streit um eine Mieterhöhung. Wie Stresses Fraktionskollege Péter Vida ergänzt, verfügt die Stadt Bernau derzeit »lediglich über einen (veralteten) einfachen Mietspiegel, der dem Mieter bei der Zurwehrsetzung gegen eine Erhöhung keine rechtliche Referenzgrundlage bie-

tet. Gerade größere Vermieter können sich auf drei Vergleichswohnungen zur Begründung ihres Mieterhöhungsverlangens berufen. Durch die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels müßten sie in jedem Falle diesen als Vergleichspunkt aufführen (§ 558a Abs. 3 BGB), was dem Mieter die Überprüfung leichter macht.« Durch die so erhöhten Anforderungen an eine Mieterhöhung, so Vida, könne ein Beitrag zur Begrenzung des Mietpreisanstiegs geleistet werden. Zudem erhalte die Stadt einen aktuellen und wissenschaftlich belastbaren Überblick über die tatsächliche Mietsituation in ihrem Gebiet.

In Bernau ist es üblich, daß die Stadtverwaltung vorab Stellungnahmen zu den von Fraktionen eingereichten Beschlußvorlagen abgibt. Ordnungsamtsleiter Rory Schönfelder bestätigt, daß der 2005 in Kraft gesetzte qualifizierte Mietspiegel der Stadt Bernau längst überholt ist und seit 2009 als einfacher Mietspiegel anzuwenden ist. Zuletzt habe es 2016 eine Prüfung gegeben, ob ein neuer qualifizierter Mietspiegel erstellt werden soll oder der bestehende und weiterhin gültige Mietspiegel aktualisiert werden solle.

Damals entschied man sich dagegen. Als Hauptgrund der Ablehnung seitens der Stadtverwaltung werden die Kosten für einen qualifizierten Mietspiegel von etwa 25-30.000 Euro genannt. Die Abstimmung über die Beschlußvorlage fand nach Redaktionsschluß der aktuellen BBP statt.

## »Synergieeffekte« geplant?

Im Zuge der Kanalverbreiterung werden Flächen für den Straßenneubau vorbereitet

Seit einiger Zeit beobachte ich regelmäßig die Bauarbeiten zur Erweiterung des Oder-Havel-Kanal entlang der Südseite der Clara-Zetkin-Siedlung. Wie viele andere aus der Siedlung gehe ich oft mit dem Hund auf dem Deich spazieren. Und da Hundebesitzer sehr kommunikativ sind, kommt man fast immer ins Gespräch. Fast alle der Spazierenden kommen dann irgendwann zu dem Punkt, daß die neu geplante Straße doch ein großer Unsinn sei.

Allerdings nimmt kaum jemand die Möglichkeit wahr, zu den Veranstaltungen der Bürgerinitiative »Gegen die B167neu« zu gehen. Das bedeutet, es gibt viel mehr negative Meinungen zur neuen Schnellstraße am Kanal als veröffentlicht werden. Das sollten die politischen Akteure nicht außer acht lassen.

Das Bauen dort am Kanal bedeutet für die Anwohner einiges an zusätzlichen Belastungen. Schon jetzt wird der hohe Lärmpegel ab 6 Uhr morgens von Montag bis Freitag und die hohe Staubaufwirbelung arg bemängelt, die sich bis in die Siedlung niederschlägt.

Und auf der Südseite hat die ausführende Baufirma STRABAG ein riesiges Areal glattgezogen oder »ausgekoffert«, das den »Abraum« der Kanalverbreiterung vorübergehend aufbe-

wahren soll. Wenn man aber die Planungskarte betrachtet, ist auf ziemlich genau dieser Fläche die zukünftige Abfahrt Finowfurt geplant, die ja von der Gemeinde Schorfheide zu finanzieren ist.

Was läuft da? Werden hier die Gelder des WSA für die Kanalverbreiterung mit voraussehlenden Maßnahmen des zukünftigen Straßenbaus vermischt? Hat vielleicht die STRABAG schon die Zusage zum B167n-Bau erhalten und schafft hier synergetische Baueffekte?

Meines Wissens ist das Planfeststellungsverfahren noch lang nicht abgeschlossen. Sollen hier Tatbestände geschaffen werden, die dann als Sachzwänge herangezogen werden, um einen negativen Bescheid für die B 167n unmöglich zu machen? Die Kernfrage lautet also: Warum gibt es für 20 m Kanalverbreiterung eine so riesige glatt-planierte Fläche? Will man sich mit Vorarbeiten und damit anteiligen Kosten für die Finowfurter Auffahrt das Zugeständnis der Gemeinde Schorfheide einholen?

Die Bauetats von WSA und Bundesstraßenbau müßten doch eigentlich getrennt sein. Ich bin neugierig auf die offiziellen Stellungnahmen dazu.

JÖRG SCHNEIDERREIT

## Mieten in Eberswalde

**Eberswalde (bbp).** Zur Wohnungs- und Mietsituation in Eberswalde hat die Fraktion DIE LINKE in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung zur 2. Sitzung des Gremiums am 25. Juli folgende Fragen gestellt:

1. Wie hoch ist der Bestand von sogenannten »Sozialwohnungen« in Eberswalde? Wie viele Sozialwohnungen standen vor 5 Jahren zur Verfügung? Wie viele werden es nach jetzigem Stand in 5 Jahren sein?
2. Wie hoch ist nach Kenntnis der Stadtverwaltung die Durchschnittsmiete in Eberswalde? Wie hoch war sie vor 5 Jahren?
3. Wie hoch ist die durchschnittliche Miete von neugebauten Wohnungen (Erstvermietung 2017, 2018, 2019) in Eberswalde?
4. Welche weiteren Planungen sind der Stadtverwaltung für den Neubau von Wohnungen bekannt? Wie viele Wohnungen sind in Planung? Wie viele sollen davon in der Mietpreisbindung entstehen?
5. Wie haben sich die Bodenrichtwerte in den letzten 5 Jahren in Eberswalde entwickelt?

## Kritische Genossenschaftler

**Eberswalde (bbp).** In der heißesten Zeit des Sommers trafen sich mehrere Mitglieder der Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG, um die Initiative zur Gründung einer GRUPPE KRITISCHER GENOSSENSCHAFTLER zu ergreifen. Anlaß sind zum einen die aktuellen Erhöhungen der Nutzungsentgelte für einen Teil der Genossenschaftler zwischen 9 und 15 % bei gleichzeitigem Abriß von Wohnungen, vor allem aber die akuten Defizite bezüglich der innergenossenschaftlichen Demokratie (BBP 7/2019). Schwerpunkte für die Initiative sind dementsprechend der Widerstand gegen unangemessene Erhöhungen von Nutzungsentgelten, die Forderung nach einem Abrißstopp und die Durchsetzung innergenossenschaftlicher Demokratie.

Derzeit sind die Initiatoren dabei, weitere Unterstützer für ihre Initiative zu gewinnen und Kontakte mit anderen Initiativen, wie der IG Mieten und »Recht auf Stadt« zu knüpfen (eMail: mieten@alternative-eberswalde.de).

Anzeige

**CONTRASTE – Die Monatszeitung für Selbstorganisation** bittet um Hilfe.

Leider winkt uns mal wieder die Zahlungsunfähigkeit am Horizont - und wir sind auf eure Unterstützung angewiesen, damit wir weiterhin vom Neuen im Alten berichten können. Jetzt spenden über @betterplace\_org: <https://betterplace.org/de/projects/56276-contraste-monatszeitung-fur-selbstorganisation>  
CONTRASTE zum Kennenlernen:  
Schnupperabo: 3 Ausgaben € 7,50  
[www.contraste.org](http://www.contraste.org)

## Jugendhilfeausschuß

**Eberswalde (bbp).** Am 21. August hat sich der Jugendhilfeausschuß (JHA) des Landkreises Barnim konstituiert. Im Unterschied zu den üblichen Fachausschüssen des Kreistages, deren Zustandekommen in der Brandenburgischen Kommunalverfassung geregelt wird, findet der JHA seine rechtliche Grundlage in einem Bundesgesetz. Der JHA ist Teil des Jugendamtes, das aus dem eigentlichen Amt und dem Ausschuß besteht. Er wird auch nur zu drei Fünfteln der stimmberechtigten Mitglieder durch Vertreter der Kreistagsfraktionen gestellt. Zwei Fünftel der Sitze werden durch Vertreter von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe (freie Träger, Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände) besetzt. Weiterhin gehören dem JHV beratende Mitglieder ohne Stimmrecht an (Vertreter der Schulen, Arbeitsverwaltung, Justiz, Kirchen etc.).

Die abweichende rechtliche Grundlage kommt nicht nur dadurch zum Ausdruck, daß der JHA eigene Beschlüsse fassen kann und selbständig Vorlagen in den Kreistag einbringen kann, sondern auch darin, daß der Vorsitz des Ausschusses nicht im Kreistag, sondern vom Ausschuß selbst bestimmt wird.

Seitens der Fraktion BVB/Freie Wähler gibt es heftige Kritik an der Wahl von Margitta Mächtigt (Die Linke) zur Vorsitzenden des JHA. Deren Fraktionsvorsitzender im Kreistag Péter Vida hatte nach der konstituierenden Sitzung des Ausschusses am 21. August in einer Pressemitteilung beklagt, daß hier nicht das für die anderen Ausschüsse geltende Verfahren für den Zugriff der Fraktionen auf die Ausschubleitung angewandt wurde. Entsprechend dem Rechenverfahren nach D'Hondt steht der Fraktion ein Ausschußvorsitz zu. Als diese in der konstituierenden Kreistagsitzung vergeben wurden, hatte BVB/Freie Wähler darauf verzichtet, einen Ausschußvorsitz zu übernehmen. Die Fraktion begründete das mit dem Anspruch, den JHA leiten zu wollen und schlug Sven Weller für dieses Amt vor. Dabei blieb unberücksichtigt, daß der JHA als besonderer Ausschuß bei der »proporzgetreuen Verteilung der Ausschußvorsitze« keine Berücksichtigung findet. Dies machte sich Margitta Mächtigt zunutze und kandidierte gegen Sven Weller. Sie wurde mehrheitlich gewählt. Péter Vida spricht in diesem Zusammenhang von »einem gemeinsamen Schachzug von Linken und AfD«, weil auch das von der AfD nominierte JHA-Mitglied der Linken seine Stimme gab.

## Menschenkette in Wandlitz

**Wandlitz (bbp).** Die Willkommensinitiative Wandlitz lädt für Freitag, den 30. August, ab 17 Uhr zu einer Demo-Menschenkette »Solidarität statt Ausgrenzung« entlang der L 100 ein (Treffpunkt: Parkplatz am Strandbad Wandlitz). Bitte bunt anziehen, Pfeifen und Rasseln mitbringen – keine Wahlwerbung!

## Höhere Fleischpreise für Tierwohl und Klimaschutz?

In der EU besteht ein gemeinsamer Markt und die BRD ist keine isolierte Insel. In dieser Hinsicht besteht bei nationalen Alleingängen bei der Gestaltung der Fleischpreise über die Mehrwertsteuer zugunsten des Tierwohls und des Klimaschutzes die Gefahr, daß Produktionsverlagerungen innerhalb der EU stattfinden, was dazu führt, daß weniger Produkte aus der eigenen Landwirtschaft gekauft und billigere Fleischerzeugnisse aus der EU oder dem Weltmarkt gekauft werden. Hinzu kommt, daß eine erhöhte Mehrwertsteuer für Fleisch dieses Steuersystem unterbricht und vor allem die so-

zial Schwachen zusätzlich belastet werden. Es ist deshalb an der Zeit, die Schuldenbremse und schwarze Null aufzugeben und zweckgebunden langfristige staatliche Investitionen für den Klimaschutz und die Bildung einzusetzen.

Dr. HELMUT KOCH



Foto: GREG MARKANN

## Digitalisierung 4.0 fürs Land

**Im Vorlauf zu den Landtagswahlen beschreiben sich verschiedene Parteien überraschend mit Kompetenzen, die man dort nicht vermutet hätte. Ich muß sagen, daß da kaum einer unbeteiligt ist.**

Die Piraten Nordbrandenburg zum Beispiel machen sich für eine Digitalisierung der Landwirtschaft stark. Abgesehen davon, daß kaum eine »Sau« bisher weiß, wie das wohl schmeckt, habe ich Bauchschmerzen ob der vorgestellten Prinzipien für die Einführung einer Digitalisierung 4.0 fürs Land unter den Arbeitstiteln #openaccess #opendata und #opensource.

Man sei für offene Strukturen, offene Schnittstellen und im Gegensatz dazu aber auch für ein Verbleiben der Datenhoheit beim Landwirt. Es dürfe keine Marktmacht von großen Firmen geben, steht weiter als Prinzip hierzu notiert.

Ich sage mal: Schön wärs! Landwirtschaft 4.0 soll Klein- und Jungbauern gleichermaßen in dieses Boot holen. Aber ist es denn bei all den gegenwärtigen Problemen tatsächlich unser Heil, daß auch Kleinbauern die Teilhabe mit dreimal open... an den Digitalisierungsfortschritten gewährleistet wird? Weil sie sich das sonst vielleicht nicht leisten können? Oder sie davon keine Ahnung haben? Wir reden hier vorzugsweise von Elektronik, die sich erst ab bestimmten Produktionsmengen rechnet. Kleinbauern hängen da naturgemäß hinten dran. Soziologisch gesehen droht bei den vagen Umsetzungsideen die ganze Nummer so auszuarten, daß sich die Beteiligten wie bisher schön nach oben bücken. Sie bemühen sich wie ehedem um noch größere Ställe (Massentierhaltung) und noch mehr Hektarflächen, um mit noch größeren Produktionsmengen die Konkurrenz fernzuhalten, damit die Kleineren wie bisher auch hintendran bleiben und man selbst die größeren Förderanteile halten kann.

Diese Sprache wird auf dem Land verstanden, ist bereits Alltag und führt Jahr für Jahr zum Höfesterben in allen Regionen der BRD.

Und jetzt zum Eingemachten: Die Digitalisierung bedient diversen prozeßtechnischen Fortschritt, aber keine Moral. Sie ändert an Ellbogenprinzipien zunächst einmal nichts. Was läuft dann da wirklich ab? Mit der Digitalisierung einhergehend muß in vielen Fällen

die Transparenz zu Produktionsinterna auf der Strecke bleiben? Das muß sein, um bei Nutzung von Systemen mit Mehrfachnutzern wie Navigationsdienste für Kühe (als Beispiel) nicht Daten der Konkurrenz auszuliefern. Diese Schutzprinzipien wirken dann erst recht auf die Verbraucher.

Was nützt das der Gesellschaft? Haben Verbraucher damit Grund zur Freude? Würden sie lachen, wenn Landwirte wie bisher Pestizide und Fungizide und Hormone einsetzen dürfen, aber dann den Segen dafür bekommen, das nicht verraten zu müssen? Ich nicht. Oder daß Viehhalter unter noch weniger Kontrolle arbeiten können als bisher, um Datenschutzstandards einzuhalten? Weil sie nun beispielsweise nicht nur Gülle wie bisher eher dezent verkaufen, sondern jetzt den Anspruch haben dürfen, Abliefernengen und Lieferziele in einem 4.0-Dienstleister-Auftrags-Pool geheim zu halten? Dann kann auch kein Aktivist mehr nachrechnen, wieviel Überbelegung im Stall steht oder ob die Kacke zum Beispiel nach Polen gekarrt wird oder in den nächsten Bach der Nachbargemeinde. Ist das dann der Fortschritt? Da verdienen meiner Meinung nach vor allem die Anbieter der zukünftigen 4.0-Dienste, also Mobilfunk - Internet - Datenbanken - Apps. Hören Sie es auch schon klingeln? Sie ahnen wie ich, das gesamte Thema rankt sich mal wieder um Gewinne und ist daher hoch explosiv. Deshalb sollten sich daran nur ausgewiesene »Sprengstoffexperten« beteiligen.

Ein Experte wäre der Grünen-Fraktionsvorsitzende in Potsdam, Axel Vogel. Der brachte kürzlich auf den Tisch, daß man auch ohne 4.0 Kleinbauern rechtlich und moralisch besser stellen kann, wenn diese gegen die seit vielen Jahren herrschenden Mechanismen des so genannten Landgrabbing etwas in der Hand hätten. In der Landfrage kommen nämlich bislang immer die am besten zum Zuge, die schon das Meiste haben, und damit auch an die großen Fördertöpfe.

THOMAS TOBLER



## Sicherheit heißt Völkerfreundschaft

**Am 1. September 1939 begann der Krieg. Ein Weltkrieg, der als solcher die Nummer 2 erhielt. Als im Jahr 1945 der Krieg endlich endete, der in der ganzen Welt so unendlich viel Trauer, Schmerz, Hunger, Brutalität hinterließ, war ich 21 Jahre alt und wollte lieber sterben als noch einmal so etwas wie die 12 Jahre Faschismus mit ihren sechs Jahren Krieg zu erleben.**

Während der Schulzeit wurde uns beigebracht, daß wir Deutsche ein Volk ohne Raum seien. Also brauchten wir Land. Die Aufrüstung und die Hetze gegen Polen und Rußland gingen Hand in Hand. Die Kapitalisten hatten in den Faschisten die machtgeringsten Helfer. Sie hatten die gleichen Ziele, die mit Menschenwürde nichts zu tun haben.

Eine Zehn-Zentner-Bombe verschüttete 1943 in Köln meine Tante mit ihrem kleinen Baby im Luftschutzkeller. Davon hat der Bomberpilot sicher nichts mitbekommen. Wahrscheinlich hat es ihn auch nicht interessiert.

Der dritte Weltkrieg blieb ein »kalter Krieg«. Auf den »roten Knopf« zu drücken, war zu gefährlich geworden.

Seit 1990 ist auch der Kalte Krieg vorbei. Aber von Frieden ist keine Spur. Weltweit wird gemordet, bombardiert, werden Millionen Menschen ausgeplündert und verjagt.

Die Technik macht Fortschritte. Heute sind es nicht mehr Bomber, sondern Drohnen, die die Weltbevölkerung bedrohen. Überall, wo die Menschen nicht bereit sind, den macht-

geldgierigen Geldsäcken zu Diensten zu stehen, kann die Drohne für »Ruhe« sorgen. Menschen werden ermordet, ohne daß ein Mörder zu sehen ist. Es sind verkommene Monster, die sich sowas ausgedacht haben.

Ich habe Angst, daß friedliche Menschen diese Gefahr zu spät erkennen. Das Fernsehen lenkt ab mit Fußball und Ratesendungen, wo man Millionen gewinnen kann. Unsere Gesellschaft ist an dem Punkt angelangt, wo die meisten sagen: »Was kümmert uns die große Politik? Jeder ist sich selbst der nächste«. An diesem Punkt ist unsere Gesellschaft angekommen.

Bald ist Weltfriedenstag und die Geldsäcke auf zwei Beinen lassen weiter morden. Wie lange noch? Was heute als »Sicherheit« verkauft wird, betrifft nur die Sicherheit, daß sie ihre Kriegspläne am »dummen« Volk vorbei betreiben können. Drohungen und Sanktionen sind die Vorboten.

Es ist das alte Lied: Kapitalismus – Krise – Krieg. »Jeder ist sich selbst der nächste«. Der Krieg bedroht jeden einzelnen. Deshalb müssen wir uns um die »große Politik« kümmern!

## Gebühren für den Weltfriedenstag

**Eberswalde (bbp).** Jeweils etwa 50 Euro Gebühren wurden in der Vergangenheit den Veranstaltern der Kundgebungen zum Weltfriedenstag seitens der Stadtverwaltung für die »Sondernutzung« des Marktplatzes in Rechnung gestellt. Die Organisatoren hatten das kritisiert, weil sie der Auffassung waren, daß politische Veranstaltungen keine gewerbliche Nutzung im Sinn der Sondernutzungssatzung darstellt. Im November 2018 wurde dann die Satzung entsprechend geändert. Dennoch mußten die Gewerkschaften für ihre Veranstaltung am 1. Mai 2019 wiederum Gebühren zahlen. Anfang August mußte die Eberswalder Ortsgruppe des RotFuchs-Fördervereins sogar für einen Infostand eine »Ausnahmegenehmigung« beantragen und dafür 20 Euro Verwaltungsgebühr bezahlen, obwohl so eine »Sondernutzung« laut geltender Sondernutzungssatzung (§ 9b) erlaubnisfrei ist.

Kern des Problems, sagt ALBRECHT TRILLER vom Eberswalder Bündnis für den Frieden, das die jährlichen Veranstaltungen zum Weltfriedenstag mitorganisiert, »ist die Frage, ob die Aktivitäten politischer Kräfte in der Stadt Eberswalde, die keinerlei wirtschaftliche Zwecke verfolgen, durch Sondernutzungsgebühren direkt oder indirekt eingeschränkt werden dürfen«.

Auch der RotFuchs-Verein hat sich inzwischen mit einer Beschwerde an den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski ge-

wandt, weil das städtische Tiefbauamt auf einen schriftlichen »Antrag auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis nach § 18 Abs. 1 Satz 3 Bbg. Straßengesetzes« bestanden hat, was einen Bescheid mit entsprechender Verwaltungsgebühr einschließt. Man müsse ja schließlich wissen wer wo und wann irgend etwas macht. Außerdem wurde mitgeteilt, daß diese Verwaltungsgebühr ohnehin an das Land abgeführt werde und somit nichts mit der Sondernutzungssatzung der Stadt zu tun habe. Freilich besagt Satz 4 des § 18 Abs. 1, daß die zuständige Gemeinde – also die Stadt Eberswalde – durch Satzung bestimmte Sondernutzungen in den Ortsdurchfahrten und in den Gemeindestraßen von der Erlaubnispflicht befreien und die Ausübung regeln kann. Genau das hat die Stadt Eberswalde getan. Der RotFuchs-Verein sieht darin die Grundlage für seine Auffassung, daß die Forderung des Tiefbauamts ungerechtfertigt ist.

»Es ist vielmehr geboten«, meint Albrecht Triller, »zur Ermöglichung und Förderung der aktiven Mitwirkung der Bürger der Stadt an der Gestaltung der Stadt und zur demokratischen Mitbestimmung in kommunalpolitischen und gesamtgesellschaftlichen Fragen den Handlungsspielraum zu öffnen und jegliche Behinderung auszuschließen«. Antworten des Bürgermeisters lagen bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.

In einem, sozialistischen System heißt die Sicherheit »Völkerfreundschaft«. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Vom Enkel bis zur roten Oma.

Wenn Friedensfreunde Transparente tragen, wie »Abrüsten« oder »Rüstung stoppen«, reicht das noch nicht, um dem Weltfrieden näher zu kommen. Wenn offiziell geplant wird, Straßen und Brücken aus West nach Ost zu stabilisieren, damit schweres Kriegsmaterial von West in Richtung Rußland transportiert werden kann, dann bekomme ich eine Gänsehaut und bitte: »Rettet uns vor solchen Planern!«

Wir brauchen keine Panzer, sondern Gästehäuser und Reisebusse, um Völkerfreundschaften zu pflegen und so dem Weltfrieden näher zu kommen.

Die Gewerkschaften sind es, die den Freien in der Hand haben: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!

Was aber tun sie, wenn Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie gefährdet sind?

ELISABETH MONSIG, 95 Jahre

## Weltfriedenstag

Was sagt Vater, was sagt die Mutter:

Unsre Kinder sind zu schade für Kanonenfutter

Die Völkerfreundschaft muß uns gelingen

Dann können wir Lieder vom Frieden singen

Was wäre schöner als viel Geld

Das wäre Frieden auf der Welt

ELISABETH MONSIG, die rote Oma

## Frieden muß sein

Der Frieden muß erhalten werden. Das muß für uns alle oberstes Gebot sein. Nur wenn Frieden ist, kann alles gedeihen und sich entwickeln.

Die Völker sollten sich einig sein und ihre Regierungen auf verschiedenste Weise zwingen, mit der Rüstung aufzuhören. Wir, die DKP, gehen gemeinsam mit anderen mit gutem Beispiel voran, wenn es um den Kampf für Abrüstung statt Aufrüstung geht.

Polen holt sich keinen Pluspunkt in Europa, wenn die dort Regierenden das Land zum Vasallen der USA machen. Das militärische Spektakel in Katowice zum Tag der polnischen Streitkräfte trägt absolut nicht zur Friedenssicherung in Europa bei.

Polen sollte sich als Nachbar zu Rußland friedlicher verhalten. Es ist doch noch gar nicht so lange her, daß gerade die Menschen in Polen, wie die Sowjetvölker, unter dem von Hitler-Deutschland angezettelten Krieg so gelitten haben.

Wir dürfen das in Europa nie mehr vergessen. Der Weltfriedenstag am 1. September sollte für uns alle in Deutschland und Europa ein Gedenktag für immer sein.

Setzen wir uns alle für die Erhaltung des Friedens ein und erzählen und berichten unseren Kindern und Enkelkindern, wie wir in diesem Krieg und danach gelitten haben.

NORBERT GLASKE 7

Am 1. September 2019:

## »Hallo Pappnasen – wählt unsere Wahlplakate!«

**Hurra, der Wahlzirkus ist wieder da! Jippie, wie die Akrobaten sich alle ins Zeug legen, um das Volk zu beeindrucken. Die unglaublich platten Sprüche auf sämtlichen Plakaten weisen zuweilen etwas verschiedene Formulierungen auf, aber inhaltlich gleichen sie sich meist oft bis ins Detail. Und am Ende der Regierungszeit ist fast NICHTS davon realisiert – Hohoo!**

Für wie platt hält man uns eigentlich? Es geht doch immer mehr bergab im Realkapitalismus. Bildungsnotstand, Lehrermangel, Kindermangel, Pflegenotstand, Fachkräftemangel, überlastete Straßen mit Endlosbaustellen, fehlende Radwege, total vernachlässigtes Schienennetz in Auto-Deutschland, keine Renten- und Lohnanpassung auf 100% Westniveau.

Hab ich noch was vergessen? Bestimmt. Hier im Osten geht einfach nicht die Post ab. Das, was noch da ist in der Region, wird, wenn es sich nicht rechnet, abgeschafft. Zuletzt wurden das RAW platt gemacht (eine Billiglohnbude blieb übrig) und die Windradfabrik in Trampe. Zwei Unternehmen, die absolut in die heutige Zeit paßten. Ein Reparaturwerk und ein Hersteller von ökologischen Windkraftanlagen. Die mußten weg. Aber warum? Wer hat das alles zu verantworten? Wir, das Volk, oder unsere Volksvertreter-Plapperfressen oder die kraftlosen, mitgliederschwachen Gewerkschaften?

Immer mehr Menschen werden unzufrieden und deswegen Protestwähler oder Wahlverweigerer. Wie 'ne Seuche breitet sich rechtes Gedankengut, übertriebener Nationalstolz und Rassenhaß aus. Das sind typische Ausgeburten der kapitalistischen Unordnung.

Aber egal, mit dem nächsten Regierungsbündnis wird alles besser. **Sie können sich auf uns verlassen, wir versprechen alles was wir wollen – versprochen. Sie können uns vertrauen, auch wenn wir Sie verarschen, das ändert nichts an Ihrer Situation! Wählt unsere Plakate ... ihr platten Plakatwähler und -wählerinnen. Es geht nicht um unsere Pöstchen, wir kämpfen nur für euch und dafür, daß dieses System bestehen bleibt und für euch (das Volk) immer wieder gerade noch so zu ertragen ist und vor allem natürlich für uns. Niemand soll seinen wohlverdienten Wohlstand einschränken müssen und wir erst recht nicht ... bla bla. Und vor allem solltet ihr besser nicht aufmüpfig werden...**

Das neue Brandenburger Polizeigesetz – beschlossen durch die derzeit Regierenden SPD und LINKE – ist Maulkorb und Fußfessel zugleich, gerichtet gegen alle politischen Gegner, nicht zuletzt auch gegen die gefährlichen Kommunisten. Jede und jeder kann künftig bei Ausübung der demokratischen Bürgerrechte schon aufgrund eines Verdachtes in den Knast gesteckt werden. Das ist unglaublich, aber wahr.

Auch Truppen- und Militärtransporte der NATO durch das Land Brandenburg in Richtung russische Grenze wurden durch dieses rosa Regierungsbündnis genehmigt.

Oha! Zwei Parteien, die sich angeblich für die Belange des »kleinen Mannes« einsetzen. Tatsache ist, daß sie bisher in erster Linie immer die Interessen der Konzerne, der Banken und des Militärs vertreten haben.

Die Kunst ihres Regierens besteht vor allem darin, den Ball flach zu halten, das Wahlvolk

immer wieder so gefühlvoll zu verschaukeln, daß es nicht ernsthaft aufmuckt. Falls doch, wird kurzer Prozeß gemacht, siehe Stuttgart 21, der G20-Gipfel in Hamburg oder die Proteste der Umweltaktivisten im Hambacher Forst.

So läuft das hier im GOLDENEN WESTEN, egal, wer gerade den Kochlöffel schwingt, egal, wie die Oberköche sich nennen. Sie alle sind Pfleger am Krankenbett des krebserkrankten Kapitalismus und ja, der Krebs ist bösartig. **Die braune Soße köchelt und köchelt genau aus dem Grund** und nicht nur hier und nicht nur in Europa, sondern überall auf dieser vom Kapitalismus vergewaltigten Erde.

Ich würde mir wünschen, auf den Plakaten der Partei DIE LINKE würde stehen: Unser Ziel heißt Sozialismus und Weltfrieden. Dann wäre sie für mich glaubwürdig und ohne Bauchschmerzen wählbar. Es ist eine Meisterleistung von diesen Politikern, die in diesem kranken System so tun, als würden sie an den Blödsinn glauben, der da auf ihren Werbeplakaten steht, und an ihr Gesülze, was die anderen alles falsch gemacht haben und was SIE nun besser machen WERDEN. Wie platt sind die eigentlich? Oder wie verlogen? In dieser kapitalistischen Welt läuft offensichtlich mal wieder alles aus dem Ruder. Es geht mal wieder bergab. Die nächste Krise naht. Ja, macht nichts. Danach geht's bestimmt wieder bergauf, die Hoffnung stirbt zuletzt.

Viele laufen mit Scheuklappen durchs Leben, mediengesteuert. Kriege werden im Ausland geführt. Wirtschaftsterrorismus gegen Querulanten, die ihre Bodenschätze selbst verwalten möchten (wie in Syrien oder Venezuela), geschieht ebenso weit entfernt von unserem Alltagstrott. Wir leben ja hier in Frieden. Was geht uns fremdes Elend an.

**Das ist anezogener Egoismus!** Wir verkörpern die westliche Wertegemeinschaft. Es ist beschämend, daß so wenige Menschen den Weltfriedenstag nutzen, um öffentlich **den Weltfrieden zu fordern**. Ja, der 1. September ist nicht nur Wahltag. Aber wen interessiert's? Nur wenige, die über den eigenen Tellerrand blicken, sehen, daß unser »Weiterso« immer mehr Elend verursacht und überhaupt nicht mit der Erhaltung unseres einzigen Lebensraumes vereinbar ist.

Aber egal, WIR machen erst mal weiter so. Es wird schon nicht so schlimm werden. Fridays for Future wird als Kinderkram abgetan und unsere Mächtegernandiefleischtopfe-Akrobaten versprechen genau wie Merkel, völlig verantwortungslos, weiterhin Wachstum und Wohlstand. Die machen immer »weiter so«. An die wichtigste Stellschraube, **an das Grundübel**, traut sich, von den Kommunisten mal abgesehen, keine Partei heran.

Die KPD ist übrigens im Westen seit 1956 verboten. Die 1989 gegründete Ost-KPD ist eine legitime Partei laut Einigungsvertrag. Das gleiche gilt für die FDJ. Die DKP ist legitim in der gesamten BRD und sozusagen Ersatzpartei für die damals verbotene KPD. Das KPD- und FDJ-Verbot aus den 1950er Jahren in Westdeutschland gilt noch immer.

Und jetzt bitte nicht wundern, warum sich die braune Soße so ungehindert ausbreiten kann. **Die NPD, also eine waschechte Naziartei, ist in dieser BRD weder im Osten noch im Westen verboten!** Regt das jetzt irgendwie zum Nachdenken an? Nein? Manche wundern sich eventuell, aber es interessiert nicht wirklich.

Deswegen überrollt die braune, kapitalistische Walze unaufhaltsam immer wieder jede fortschrittliche Bewegung, jede echte Revolution, **jegliche Vernunft**.

Der »Ossi« ist ja inzwischen nicht mal mehr ein friedlicher Revolutionär. Der hat sich total angepaßt. Erst Ossi, dann Wossi und nach 30 Jahren Konsumtrottel-Lehre wird er immer mehr zum Wessi-LMAA. Am Wahltag wird er nochmal die Plakate checken und wenn die Fratzen daneben auch noch gut rüber kommen, ist alles klar. Dann geht der ostdeutsche Michel ganz selbstbewußt an die Urne und wählt. Er geht wählen, ohne das Wahlprogramm seiner Erlöser gelesen zu haben und schon gar nicht deren Parteiprogramm.

Das trifft laut Umfragen auf die meisten tatsächlich zu. Man wählt, wenn überhaupt, nach Gefühl. Wie bescheuert ist das denn? Die Herkunft der Parteiköpfe und die Geschichte ihrer Erlöser-Partei interessiert Millionen Kleinbürger überhaupt nicht. Das ist das Kernproblem!!!

Glauben oder wissen?! Wer nur in den Fernseher glotzt und glaubt, daß die sogenannten »Öffentlichrechtlichen«, also unsere »GEZ-Gebührenscharotzer«, immer die ultimative Wahrheit verkünden, irrt gewaltig. Es wird stets einseitig berichtet. **Deswegen leidet auch das deutsche Volk an politischem Analphabetismus!**

Man könnte ja mal 'ne seriöse, linke Zeitung lesen (also nicht das ND), dann würde man schnell **zum Durchblicker werden**. Ein lesendes und nachdenkendes Volk, **das wäre die Lösung**. Aber nö, man muß ja nicht selber denken und lesen schon gar nicht. Das kann man auch getrost andere für sich machen lassen. Die Politiker z.B., die man jetzt wählen soll.

Nun denn, die Bürger werden mal wieder das wählen, was sie verdienen. Und die Wahlsieger, die werden sich mal wieder grinsend ins Fäustchen lachen und leise sagen: **Wohlstand genießen – Fresse halten – DANKE liebe Wähler!**

ECKHARD LAURICH



Energiewende und soziale Gerechtigkeit:

## Wie geht das zusammen?



FOTO: SPD EBERSWALDE

Zur Beantwortung dieser Frage hatte Hardy Lux am Abend des 12. August in die Gaststätte Mundtshof zum Energietalk eingeladen. Gemeinsam mit den Gästen Hendrik Fischer (Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg), Daniel Kurth (Landrat des Landkreises Barnim) und Filibert Heim (Vertreter von Fridays for Future Barnim) diskutierte der Eberswalder SPD-Landtagskandidat in den 1,5 Stunden mit den zahlreich anwesenden, interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Welche konkreten Schritte müssen unternommen werden, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen? Dabei ging es im Gespräch mit dem Publikum quer durch die verschiedenen Themenbereiche: Von Wasserstoffantrieben als Zukunftstechnologie, über die Möglichkeit, konkret vor Ort Umwelt- und Naturschutz zu betreiben, Umweltbildung als Pfeiler einer nachhaltigen Umweltpolitik, bis zum Kohlekompromiß und dem geplanten Ausstiegsdatum 2038. Ein volles Haus, engagiertes Publikum und eine kontroverse aber zielorientierte Diskussion machten die Veranstaltung zu einem vollen Erfolg.

Hardy Lux erklärt dazu: »Ich finde es gut, daß der Klimaschutz derzeit so intensiv diskutiert wird.

*Mir als Erlebnispädagoge ist eine intakte Natur schon mein ganzes Leben lang ein ernstes Herzensanliegen. Für mich ist klar: Das Kohleausstiegsdatum 2038 ist das Mindestziel. Ich finde gut, daß die SPD Brandenburg klargestellt hat, daß wir früher aus der Kohleverstromung aussteigen, wenn dies möglich ist. Wir erreichen die Klimaschutzziele aber nur, wenn wir alle unseren Beitrag leisten und vor Ort damit anfangen. Und da sind wir, finde ich, in Eberswalde und im Barnim Vorreiter!«*

Nach dem intensiven Austausch waren sich alle einig, daß die Diskussion viele neue Eindrücke und Ideen hervorgebracht hat, die alle Entscheidungsträger in ihre weitere Arbeit einbringen sollten.

JOHANNES KRAUSHAAR

## Wohnungsabriß beenden!

Die neue Stadtverordnetenversammlung gibt dem Thema Wohnen breiteren Raum. Der Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt heißt nun »Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt«. Das ist ein bemerkenswerter Anspruch, dem wir gerecht werden wollen.

Eine erste Gelegenheit gibt es im Herbst, wenn die Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt, Land und der Wohnungsgenossenschaft 1893 eG beraten wird.

Ziel ist eine »integrierte Weiterentwicklung des Brandenburgischen Viertels« – Abriß eingeschlossen. Zwei Häuser sind bereits »zurückgebaut«. Ein drittes soll 2021 folgen.

Wir sind gegen den weiteren Abriß von Wohnraum. Statt Fördermittel für den Abriß zu verschwenden, sollen diese für die Modernisierung der Wohnungen eingesetzt werden.

Die Mieten in Eberswalde steigen wie noch nie in den letzten zwanzig Jahren. Der Mietpiegel, dessen Anpassung im kommenden Jahr ansteht, ist längst ein Mieterhöhungsspiegel.

Aufgabe der städtischen WHG, der Genossenschaft 1893 und anderer Wohnungsgesellschaften mit sozialem Anspruch ist es, hier gegenzusteuern.

Weitgehende Transparenz ist eine Voraussetzung für sozialverträgliche Mieten. Die WHG muß hier vorangehen. Wir prüfen aktuell Forderungen aus der Einwohnerfragestunde vom 20. Juni, wie die Umwandlung der WHG in einen Eigenbetrieb.

Zu unserer Anfrage vom 20. Juni gibt es inzwischen eine Antwort. In der Clara-Zetkin-Siedlung leben 170 Kinder und Jugendliche. 79 Kinder sind im Krippen- und Kindergartenalter und 43 im Grundschulalter. Hinzu kommen 48 Jugendliche zwischen 13 und 18.

In der Siedlung gibt es keine Kita, keine Grundschule, keine Jugendeinrichtung. Wir werden uns dafür einsetzen, hier Abhilfe zu schaffen.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktion Die PARTEI  
Alternative Liste für Umwelt und Natur

## Friedensrecht

Nicht jede Generation muß einen Krieg erleben, gemeinsam müssen wir den Weltfrieden erzwingen.

Oft ist vom Kriegsrecht die Rede. Das ist nicht unser Recht. Also sollten wir doch besser darauf drängen, ein verbrieftes Friedensrecht zu bekommen. Es wird so vielseitig sein und alle zivilen Merkmale betreffen.

Das erste ist natürlich: Schluß mit den Kriegen, Schluß mit Waffenschmieden und Waffenhandel! Keine Forschung für weitere Mordwaffen. Keine bewaffneten Soldaten in fremden Ländern. Raus aus der NATO!

Alle Militärstützpunkte weltweit sind sofort und restlos zu entfernen. Kontrollen dürften nur von Friedensorganisationen vorgenommen werden.

Der riesige Militärapparat muß abgebaut werden. Das Militärpersonal ist teils in die Frührente zu schicken oder auf zivile Berufe umzuschulen. An Ärzten, Pflegern, Lehrern, Bauarbeitern, Landarbeitern, Erziehern und vielem mehr gibt es großen Bedarf, der auch bezahlt werden kann, wenn wir das Geld für die Rüstung und das Militär sparen. Es geht nicht um dein Kind oder das der Nachbarin, sondern um **unsere** Kinder, die später unsere friedlichen Lebenswege steuern sollen.

Das kapitalistische System kann uns all dies nicht bieten. Da geht es nur um Macht und Kapital. Für uns wichtige Entscheidungen sollen nicht diätenbelastete Abgeordnete treffen, sondern Resultat einer basisnahen direkten Demokratie sein, mit Volksbefragungen und Referenden als wichtigen Bestandteil.

Es bleibt uns nichts anderes übrig als für eine friedliche Zukunft mit einem Recht auf Frieden – **für unser Friedensrecht** – zu kämpfen.

Jeder Tag, an dem keine Bomben sinnlos Werte und Leben zerstören und Tage, an denen weltweit keine Menschen ermordet oder verjagt werden, ist unser Feiertag.

ELISABETH MONSIEG

## Nur früher?

*Zum Hexenkeller der Burg Penzlin,  
Fährt heute man mit Schaudern hin.*

*Konzentrationslager der Nazizeit,  
Erfüllen mit tiefster Traurigkeit.*

*Im Stasiknast Hohenschönhausen,  
Erfasset uns das kalte Grausen.*

*Verbrechen früherer Generationen,  
Dargestellt – ohne zu schonen.*

*Da gibt es gar nichts zu beschwichtigen!  
Doch kann man Guantanamo besichtigen?*

*Oder Folterkeller unserer Zeit,  
Die es gibt und zwar weltweit!?*

*»Pfeu Teufel!« – ruf ich da nur aus,  
Welche Schande, welch ein Graus.*

RAINER KROBOTH 9

## Gewaltfreie Kommunikation 1

Wir kommunizieren andauernd, beruflich oder privat. Mit der Kommunikation versuchen wir Probleme zu lösen und Kontroversen zu überbrücken. Die Sprache macht unsere Haltung zu Problemen oder bestimmte Ansichten für andere sichtbar und ist dafür verantwortlich, ob wir uns mit anderen Menschen verstehen können oder ob uns unsere Sprache von anderen Menschen trennt.

Der häufigste Grund, weshalb Probleme zu Streitigkeiten führen, ist: Wir sind der festen Ansicht, daß der andere für unsere Gefühle verantwortlich ist. Immer wieder kommt es z.B. zu Äußerungen wie: »Wie konntest Du mir das antun« oder »Du hast mich tief verletzt mit deinen Worten«. In Wahrheit sind wir aber selbst für unsere Gefühle verantwortlich.

Mithilfe der GEWALTFREIEN KOMMUNIKATION (GFK) nach Marshall B. Rosenberg kann jeder lernen, die Verantwortung selber für seine Gefühle zu übernehmen. Hilfe bietet z.B. ein Heilpraktiker für Psychotherapie. Da wir auch beruflich und privat kommunizieren, ist dies eine Methode für jeden einzelnen Menschen, aber auch für Firmen und Organisationen.

Mithilfe der GFK können Sie besser mit Menschen unabhängig von deren Status, Geschlecht oder Kultur sprechen, da Sie mit Herz und Verstand im Einklang mit ihren Werten handeln. Die GFK hilft in emotional schwierigen Situationen, die Ruhe zu bewahren. Weiterhin können Sie mithilfe der GFK lernen, Vorwürfe und Kritik weniger persönlich zu nehmen. Ebenso hilft sie Ihnen dabei, besser mit Ärger umzugehen, ohne daß ihre Beziehungen zerbrechen. Denn die GFK ist eine Lebenshaltung, die dazu dient, Streitigkeiten konstruktiv auf Augenhöhe zu klären und nachhaltige Lösungen zu schaffen, damit Sie erfüllende Beziehungen führen können und mit sich selber Frieden schließen können.

Rosenberg nennt seine Methode »gewaltfrei«, da sie grundsätzlich darauf abzielt, eine Schädigung bzw. Verletzung von anderen Menschen zu vermeiden. Dabei ist es das Ziel der GFK, Konflikte aktiv anzupacken, anstatt diese zu verdrängen. Dazu ist es notwendig, leidenschaftlich, aber fair zu streiten und sich an den Fakten zu orientieren. Sie lernen ihre eigenen Gefühle und Bedürfnisse auszudrücken, ohne andere zu beschuldigen, zu kritisieren oder zu bewerten. Sie können lernen, ihre eigenen Bitten klar und deutlich zu formulieren, ohne anderen Menschen zu drohen, sie zu manipulieren oder gar zu erpressen. Ziel der GFK ist es, tragfähige Lösungen zu entwickeln – dies sind sogenannte »Win-win«-Lösungen, die allen Konfliktparteien dienen – anstatt sich auf faule Kompromisse einzulassen, die oftmals bald wieder in Frage gestellt werden. Das allerwichtigste ist es, auf dem Weg der Konfliktlösung auf keinen Fall das eigene Anliegen aufzugeben und auch keinesfalls die Beziehungen zu anderen Menschen aufs Spiel zu setzen.

FALK HINNEBERG ([www.hinneberg.info](http://www.hinneberg.info))

WAV Panke/Finow:

## Streit um konstituierende Sitzung

**Bernau (bbp).** Die Bernauer Stadtverordneten haben nach der Kommunalwahl im Mai mit HORST WERNER (BVB/Freie Wähler) einen neuen Vertreter in die Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes (WAV) Panke/Finow gewählt.

Werner engagierte sich in den vergangenen Jahren aktiv in der Bewegung zur Abschaffung der Beiträge für die sogenannten Altanschlüsse. Er löst SÖREN-OLE GEMSKI (Die Linke) ab, der bisher als Vorsitzender der Verbandsversammlung agierte. Gemski agierte zugleich gemeinsam mit dem Biesenthaler Vertreter DIRK SIEBENMORGEN und dem Verbandsvorsteher DANIEL NICODEM im Verbandsausschuß, dem höchsten Organ des WAV zwischen den Sitzungen der Verbandsversammlung.

Der Verbandsausschuß ist nicht zuletzt auch verantwortlich für die Einberufung der Verbandsversammlungen. Für die Terminsetzung der konstituierenden Versammlung war noch der Verbandsausschuß in alter Besetzung zuständig, der am 17. Juli den Termin auf den 11. September festsetzen wollte.

Hiergegen erhob sich in der öffentlichen Sitzung seitens BVB/Freie Wähler lautstarker Protest. Da Bernau die Stimmenmehrheit im Verband innehat, komme dem Bernauer Vertreter eine besondere Bedeutung zu, sagte der Vorsitzende der Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler Thomas Strese. »Wahlen haben Konsequenzen und diese schlagen sich auch in der Zusammensetzung von Zweckverbänden nieder. Angesichts der verantwortungsvollen Aufgaben der

Verbandsversammlung und dem zwingenden Gebot der demokratischen Repräsentation fordert BVB/Freie Wähler unverzüglich die Neubesetzung der Verbandsversammlung samt Vorstandsneuwahl.« Der neuerliche Beschluß, so Strese weiter, stelle »eine unzulässige Beschränkung der Rechte der neugewählten Vertreter in der Verbandsversammlung dar«.

Es handele sich weder um ein Komplott noch um Verzögerungstaktik, entgegnete dem Verbandsvorsteher Nicodem. Er wies vielmehr darauf hin, daß Sitzungen der Verbandsversammlung sieben Tage vor dem Termin im Amtsblatt angekündigt werden müssen. Wegen der Sommerpause erschien das Bernauer Amtsblatt aber erst am 12. August. Frühester Versammlungstermin hätte der 19. August sein können. »Der Ausschuß hat sich jedoch«, so Nicodem, »wegen der Urlaubszeit für den 11. September entschieden. Schließlich sollen möglichst viele Bürger Gelegenheit haben, am öffentlichen Teil der Sitzungen teilzunehmen«. Bis zur Neubesetzung der Gremien gebe es nur noch eine Zusammenkunft des Ausschusses am 28. August und es würden ohnehin ausschließlich unaufschiebbare Entscheidungen getroffen.

»Ich finde es sehr schade«, resümiert Verbandsvorsteher Nicodem, »daß hier versucht wird, Politik über die Arbeit unseres Verbandes zu machen«. Dabei gehe es um die operative Sicherung der Daseinsvorsorge. Die am 17. Juli abgebrochene Ausschußsitzung wurde am 24. Juli fortgesetzt. Die Verbandsversammlung tagt wie ursprünglich geplant am 11. September.

## »Schöner leben ohne Nazis«

Der »Schöner Leben ohne Nazis Musiksommer« am 17. August in Eberswalde verlief erfolgreich. Wir konnten etwa 300 Personen erreichen, was die Erwartungen des Veranstalters, des Bündnisses #unteilbar Eberswalde, weit übertraf. Wir haben mit der Veranstaltung ein Zeichen gegen Rechts gesetzt und anläßlich der Landtagswahl zum Wählgehen aufgerufen sowie die offene Gesellschaft in Eberswalde und Umgebung gefeiert!

Es gab tolle Musik von den zwei Bands TAG X und code:GAMMA sowie den zwei Solokünstlern Marvin Scheffold und Tobias Emmerich. Zusätzlich gab es Redebeiträge vom bundesweiten Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus«, Kolibri e.V. und eine Talkrunde der Eberswalder Direktkandidaten sowie der Jugendorganisationen der Parteien. Nebenher sorgten Infostände und eine Ausstellung zu den Netzwerken innerhalb AfD vom VVN-BDA und Aufstehen gegen Rassismus für viel Gesprächsstoff und Austausch.

Der Schöner leben ohne Nazis Musiksommer ist eine landesweite Kampagne des Landesjugendringes zu den Landtagswahlen und findet

an vielen verschiedenen Orten in Brandenburg statt. Das Bündnis #unteilbar Eberswalde ist ein Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es existiert seit März und hat verschiedene Veranstaltungen und Aktionen vor den Wahlen anberaumt. Am 24. August mobilisierte es zur Gegendemonstration gegen die AfD Großveranstaltung in Eberswalde.

FLORIAN GÖRNER

## Club am Wald bleibt offen

**Eberswalde (bbp).** Folgt man den Gerüchten, die seit einiger Zeit im Umlauf sind, soll der »Club am Wald« im Brandenburgischen Viertel im kommenden Jahr geschlossen werden. Eine Nachfrage beim zuständigen Bildungs- und Sozialdezernenten der Stadt Eberswalde, PROF. DR. JAN KÖNIG ergab, daß das alles nur Humbug sei. Eine Schließung sei schon deshalb nicht möglich, erklärte der ehemalige Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels CARSTEN ZINN, weil in den vergangenen Jahren erhebliche Fördermittel in den »Club am Wald« geflossen sind.



Der Mensch und sein Wohnumfeld (II)

## »Unkräuter« gibt es nicht

**Die Kategorien »gut« und »böse« kennt die Natur weder bei den Tieren noch bei den Pflanzen. Das Unkraut gehört zu den nützlichsten Pflanzen im Garten! Es gibt kein Unkraut, nur Wildkräuter. Diese gedeihen dort, wo sie Bedingungen vorfinden, die ihnen behagen.**

Viele Wildkräuter gehören zu den Heilpflanzen. Ihre wertvollen Inhaltsstoffe, zu denen auch Mineralstoffe gehören, kommen dem Gartenboden zugute. Gemischte Unkräuter ergeben einen hervorragenden Kompost.

Wildkräuter zeigen dem Gärtner allein durch ihre Anwesenheit und ihre Gesellschaft, in der sie sich befinden, wie sein Boden beschaffen ist (Zeigerpflanzen). Hahnenfuß, Wucherblume, Sauerampfer, Breitwegerich zeigen verdichteten, zu Staunässe neigenden Boden an (Der Boden ist durch Humus zu verbessern). Wo sich Vogelmiere ausbreitet, ist die Gartenerde locker und Humusreich.

Nährstoffreichen Boden mit hohem Stickstoffgehalt verraten Ackersenf, Schwarzer Nachtschatten, Brennesseln und Labkraut.

Viele dieser Wildkräuter gehören zu den Pionierpflanzen. Solche Pionierpflanzen sind z.B. Löwenzahn, Gänsedistel und Greiskraut. Sie lockern mit ihren tiefreichenden Wurzeln verhärtete Erde auf und holen noch aus tiefen Schichten Nährstoffe herauf.

Sogenannte Schädlinge gehören zur Gesundheitspolizei im Garten. Wildkräuter heilen gestörte Bodenverhältnisse (brach liegende Felder). Da für einen biologischen Gärtner alle

Lebewesen in seinem Garten zu einem großen, zusammenhängenden System gehören, wird er niemals Gewaltmaßnahmen ergreifen. Durch Einsatz chemischer Mittel im Garten gerät die Ordnung der feinen ökologischen Zusammenhänge im Garten durcheinander. Diese Folgen sind schlimmer und weitreichender als z.B. eine vorübergehende Läuseplage.

### Gestaltung von Gärten

Ein Garten, auch ein naturnaher, ist immer ein künstlicher, durch Menschenkraft bewußt gestalteter Lebensraum. Hier soll die Natur nur begrenzt Zutritt haben: Wege dürfen nicht zu wachsen, Wiesen nicht zu Wald werden, Blumenbete nicht unter Wildkräutern ersticken und Hecken müssen von Zeit zu Zeit geschnitten werden. Pflegerische Eingriffe und eine überlegte Planung sind auch für einen Naturgarten nötig.

Im Folgenden einige herausragende Merkmale: Im Naturgarten wird möglichst wenig gepflegt. Mit Geduld wird die natürliche Entwicklung gefördert. In ihm haben heimisches Material, heimische Pflanzen und heimische Tiere absolut Vorrang. Ein Naturgarten ist kein Umfeld für exotische Stauden und fremdländische Nadelbäume. Gebaut und gearbeitet wird mit umweltfreundlichen Stoffen.

Naturgärten können ein Ersatz für Naturlebensräume sein. Anders als in herkömmlichen Gärten, bringen Naturgärten über die Gartengrenzen hinaus Leben in den unmittelbaren Wohnbereich. Oft sind sie Oasen in einer geschundenen Natur.

Sie wenden sich gegen die Beziehungslosigkeit genormter Vorzeigegärten, weil sie die Beziehung zur Natur wieder herstellen.

KLAUS MEIßNER



FOTO: GERO MARMANN

## »Vergiß die Milchkanne nicht«

In den Nachrichten war zu hören: »Die ökologischen Ressourcen für 2019 sind bereits im Juli verbraucht.« Die ökologischen Vorräte sind weg. Wir dürfen nichts mehr machen. Im wörtlichsten Sinn.

Atmen dürfen wir noch, das hinterläßt keine Abfälle, wenn man vom CO<sub>2</sub> absieht. Das gilt aber für alle Säugetiere. Dafür bin ich aber ein fleißiger Pflanzenzüchter, nicht mehr im Garten, aber auf Balkonien. Das gibt wieder Sauerstoff. Aber vor allem dürfen wir nichts mehr essen. Alles und jedes Lebensmittel ist heutzutage in Plastik verpackt, die Plastiksintflut!!

Über Autos und Abgase rede ich schon gar nicht mehr, schaut euch die 10-spurigen Straßen in den Großstädten der Welt an, und

das in mehreren Etagen! Wenn man dann noch die Abholzung der Wälder, ob »legal« mit »Zertifikat« oder ohne diese dazurechnet, dann potenziert sich das Problem.

Die Ökokämpfer der dritten Welt werden straflos umgebracht. Was sagt unsere Rote Oma dazu? Krieg auf allen Ebenen. Das ist der Monopolkapitalismus, ja!?

Wie war das denn nach dem 2. Weltkrieg, als ich Kind war? »Hol mal einen Liter Milch, vergiß die Milchkanne nicht. Und vom Bäcker ein Mischbrot, tausendfünfhunderter, nimm den Brotbeutel mit«. Das ist unvergessen.

Das ist meine Ökologie, so werde ich es wieder machen. Ich bin ein Einzelkämpfer.

Dr. WALTRAUD VOIGT

## Grün in Eberswalde

**Eberswalde (bbp).** An Grün- und Freiflächen im Siedlungsgebiet werden vielfältige Anforderungen gestellt. Sie sind wichtige Erholungsräume im Wohnumfeld, Orte mit hoher biologischer Vielfalt und haben eine große Bedeutung für ein gesundes Stadtklima. Sie bieten Abkühlung an heißen Sommertagen, Versickerungsflächen bei Starkregen und Ausgleichsräume für eine gute Luftqualität.

Die Qualität von Grün- und Freiflächen ist mitentscheidend, ob sich die Bewohnerinnen und Bewohner in der Stadt wohl fühlen und gern dort leben. »Über die Art des Unterhalts und der Pflege sowie über die Ausrichtung der Entwicklung«, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadtverwaltung, »gibt es in einer vielfältigen Stadtgesellschaft unterschiedliche, teils widersprüchliche Meinungen. Diese müssen zu Wort kommen und in die strategische Planung einbezogen werden!« Gegenwärtig erarbeite das Planungsbüro gruppeF aus Berlin ein GRÜN- UND FREIFLÄCHENKONZEPT für das Siedlungsgebiet der Stadt. Nach dem Abschluß der Bestandsaufnahme sollen nun die verschiedenen Anforderungen, welche an dieses Konzept gestellt werden, mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt diskutiert werden. Den »Tag der Entscheidung« am 7. September wollen Planungsbüro und Stadtverwaltung nutzen, um mit den Einwohnern ins Gespräch zu kommen und deren Erwartungen, Ideen und konkreten Vorschläge zur Verbesserung der Freiraumqualitäten im Stadtgebiet zu erfahren.

Von 10 bis 18 Uhr wird im Familiengarten an der Stadthalle »Hufeisenfabrik« der derzeitige Arbeitsstand zum Grün- und Freiflächenkonzept Eberswalde vorgestellt. »Hier haben Sie die Möglichkeit«, teilt die städtische Pressestelle mit, »dem Bearbeitungsteam Ihre Hinweise und Anregungen für die zukünftige und nachhaltige Freiraumentwicklung in der Stadt mitzuteilen. Den anwesenden Kindern wird die Möglichkeit geboten, Samenbomben für den eigenen Garten oder das nähere Wohnumfeld zu basteln, um selbst kleine Naturerfahrungsräume zu schaffen.«

Im Vorfeld sind alle Bürger der Stadt aufgerufen, eigene Fotos von Ihrem »Grünen Eberswalde« an [gruenesEberswalde@gruppef.com](mailto:gruenesEberswalde@gruppef.com) zu senden. So soll eine Fotosammlung für die Veranstaltung zusammengetragen werden, welche die grünen Qualitäten der Stadt zeigt.

### Fünfzehn Kilo Honig

**Eberswalde (bbp).** Im Vereinshaus H15 fühlen sich seit kurzem drei Bienenvölker im grünen Brandenburgischen Viertel heimisch. Sie haben auch schon fünfzehn Kilogramm Honig produziert. In Kooperation mit der Wohnungsgenossenschaft 1893 eG kümmert sich der Imker MOHAMMED SIFEDDIN um die neuen Bewohner. Er teilt auch gerne sein Familienwissen mit anderen Einwohnerinnen und Einwohnern des Viertels.

Vor 60 Jahren starb er in Eberswalde (Teil 1):

## Arthur Ewert – ein vergessener KPD-Chef

**Am 3. Juli 1959 starb der Mitbegründer der ersten Kommunistischen Partei Kanadas, kurzzeitige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und enger Kampfgefährte des brasilianischen Kommunistenführers LUIZ CARLOS PRESTES in einem Pflegeheim in Eberswalde. Sein Kampfgefährte aus den 20er Jahren GERHART EISLER hielt die Rede zur Trauerfeier. Am 24. Juli 1959 wurde die Urne in in einem Grab der inneren Ringmauer auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt.**

**A**RTHUR EWERT kam am 13. November 1890 im ostpreußischen Heinrichswalde (heute Slawsk im russischen Oblast Kaliningrad) als zweites von sechs Kindern in der Familie eines Kleinbauern zur Welt. Schon in der Schule fiel er durch seine Wißbegierigkeit auf, aber auch durch seine Fäuste, die ihm als Zwölfjährigen gegenüber dem betrunkenen und prügelwütigen Lehrer Respekt verschafften. 1905 begann er eine Sattlerlehre beim Onkel in Berlin, wo er bald Kontakte zur linken sozialdemokratischen Jugendbewegung knüpfte. Hier fand er auch seine spätere Lebensgefährtin ELISE »SABO« SABOROWSKI.

### KP-Gründung in Kanada

Mit ihr gemeinsam übersiedelte er im Mai 1914 nach Nordamerika. Dort arbeiteten beide in der kanadischen Sozialistischen Partei Nordamerikas mit, aus der Anfang 1919 die erste Kommunistische Partei Kanadas hervorging. Arthur Ewert und Elise Saborowski spielten dabei keine geringe Rolle. Im Herbst 1918 waren alle sozialistischen Parteien in Kanada verboten worden. Deren Mitglieder wurden verfolgt. Doch statt Friedhofsruhe zu schaffen, wuchs der Widerstand gegen die Beteiligung Kanadas am Interventionskrieg gegen Sowjetrußland. In der Illegalität bildete sich Anfang 1919 der Kern der Kommunistischen Partei Kanadas heraus. Das am 1. Mai 1919 veröffentlichte »Programm der Kommunistischen Partei Kanadas« entstammte wahrscheinlich der Feder von Arthur Ewert. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt Arthur Ewert und Elise Saborowski bereits seit anderthalb Monaten in Haft. Auch viele ihrer Mitkämpfer wurden verhaftet, darunter alle Leitungsmitglieder. Bis Mitte 1919 war die eben gegründete Partei faktisch zerschlagen. Erst nach zwei Jahren gelang 1921 der zweite Versuch der Parteigründung.

Arthur Ewert und seine Gefährtin waren um diese Zeit längst aus Kanada ausgewiesen worden. Arthur kam im August 1919 in Berlin an, wo er sich sofort der KPD anschloß. »Sabo« folgte im März 1920, als gerade Lüttwitz und Kapp putschten. Nach den Märzkämpfen 1921 wurde Arthur Ewert verhaftet, aber nach sechsmonatiger Untersuchungshaft im Oktober 1921 vom Vorwurf der »Vorbereitung zum Hochverrat« freigesprochen. Danach war er Politischer Sekretär in Ostsachsen und in Hessen-Frankfurt. Während dieser Zeit (22. September 1922) heiratete er seine »Sabo«.

Anfang 1923 wählte der 8. (Leipziger) Parteitag Arthur Ewert in die 20köpfige Zentrale der KPD. Bis Juli 1923 gehörte er als einer der vier Sekretäre des Politbüros (PolSekretär) zur

obersten Führung der Partei, übernahm dann aber den KPD-Bezirk Rheinland-Westfalen-Nordruhr, um dort dem wachsenden Einfluß der Ultralinken um ARKADI MASLOW und RUTH FISCHER zu begegnen. Zu dieser Zeit stand Arthur Ewert gemeinsam mit GERHART EISLER, HEINZ NEUMANN und anderen Parteilinken längst hinter der Einheitsfront-Politik des Leipziger Parteitages, während Maslow und Fischer »den Fraktionskampf rücksichtslos durchfechten« wollten.

Die Ultralinken gewannen 1924 nach dem Scheitern des »Deutschen Oktobers« (»Hamburger Aufstand« u.a.) mit Unterstützung der Kommunistischen Internationale (Komintern) die Oberhand in der Partei. Wie viele andere Funktionäre der sogenannten Mittelgruppe um ERNST MEYER verlor auch Arthur Ewert seine Funktion. Wegen des »Deutschen Oktobers« von 1923 wurde er polizeilich gesucht. 1924/25 lebte er meist illegal in Deutschland, unterbrochen von konspirativen Reisen nach England, wo er im Auftrag der Komintern die Arbeit der dortigen Kommunistischen Partei unterstützte.

### »Mächtiger als Thälmann«

Angesichts der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage war inzwischen offensichtlich, daß die von der Komintern protegierte »Offensivstrategie« in eine politische Sackgasse führte. Hinzu kamen nach dem Tode Lenins Machtkämpfe in der Kpdsu um dessen Nachfolge, wodurch der Kominternchef GRIGORI SINOWJEW, der die Fischer&Maslow-Gruppe unterstützt hatte, in die Kritik kam. Der erneute Wechsel in der KPD-Führung war inzwischen nur noch mit Segen und auf Geheiß der Komintern möglich. Nach Beratungen in Moskau wurden Fischer und Maslow, die eben erst vom 10. Parteitag in ihren Ämtern bestätigt worden waren, am 1. September 1925 durch eine außerordentliche Sitzung des Zentralkomitees (ZK), wie die Zentrale seit dem 10. Parteitag im Juli 1925 hieß, entmachtet.

Die Führung der KPD ging auf die bshrigen Fischer&Maslow-Gefolgsleute ERNST THÄLMANN und PHILIPP DENGEL über, ergänzt durch Vertreter der Mittelgruppe. Arthur Ewert wurde wieder PolSekretär und gehörte dem ZK sowie dem Politbüro an. In den Jahren 1926 und 1927 waren es vor allem Ernst Meyer und Arthur Ewert, von denen entscheidende Impulse für ein realpolitisches Wirken der KPD ausgingen. Ein großer Erfolg war 1926 das Volksbegehren zur Fürstenenteignung.

Nachdem Meyer im Oktober 1927 krankheitsbedingt über ein Jahr lang aus der aktiven Arbeit ausschied, blieb Arthur Ewert der einzi-

ge Vertreter der Mittelgruppe in der engeren Parteiführung. Da Thälmann häufig fehlte, war Arthur Ewert eine Zeit lang faktisch der eigentliche Parteivorsitzende. Der Historiker Hermann Weber urteilte, er sei zeitweise »in der KPD mächtiger als Thälmann« gewesen.

Im Sommer 1928 schien es sogar, als würde Thälmann in Folge der Wittorf-Affäre\* ganz in den Hintergrund treten. Ende September suspendierte ihn das ZK von seinen Funktionen. Allerdings hatten sich inzwischen die Verhältnisse in Moskau verändert. Die »Linksoption« (LEO TROTZKI und Sinowjew) war Ende 1927 zerschlagen. Nun gerieten die »rechten Abweichler« (NIKOLAI BUCHARIN), bisher mit JOSEF STALIN verbündet, ins Visier. Damit verbunden war ein erneuter Schwenk der Komintern zur eben noch bekämpften ultralinken Politik. In der KPD war Thälmann der Vertreter dieser Richtung. Schon am 1. Oktober telegraphierte Stalin, daß Arthur Ewert und sein Mitstreiter Gerhart Eisler aus dem ZK ausgeschlossen und aus Deutschland abberufen werden müßten. Die politische Niederlage Thälmanns verkehrte sich binnen weniger Tage in einen Triumph über seine innerparteilichen Kritiker.

Die nun abfällig »Versöhner« genannten Mitglieder der Mittelgruppe wurden ins Abseits gedrängt. Arthur Ewert verlor seine Funktion als PolSekretär und wurde Ende 1928 nach Moskau abgeschoben. Mit der »vollständigen Liquidierung des Versöhnertums« verbunden war die Abkehr von der Einheitsfrontpolitik der vergangenen Jahre, an deren Stelle nun zunehmend die »Sozialfaschismustheorie« trat, welche die SPD zum Hauptfeind der KPD erklärte. Auf dem 12. Parteitag im Juni 1929, um daran teilzunehmen, durfte Arthur Ewert nach Deutschland zurückkehren, wurde die Niederlage der »Versöhner« manifestiert.

Seit Mai 1928 Reichstagsabgeordneter, widmete sich Arthur Ewert nun bis Sommer 1930 vorrangig diesem Amt. Er hielt im Reichstag auch mehrere Reden, u.a. zur Forderung nach Streichung des Strafrechtsparagraphen 175. Als »Versöhner« wurde er nach der Reichstagsauflösung 1930 nicht wieder als Kandidat aufgestellt.

G.M.  
(Fortsetzung folgt)

\* Wittorf-Affäre: John Wittorf, politischer Sekretär des KPD-Bezirks Wasserkante und enger Vertrauter von Ernst Thälmann, hatte im Sommer 1927 eine größere Geldsumme unterschlagen. Thälmann wußte davon, ohne die Parteiführung in Berlin über den Vorfall zu informieren. Ende August 1928 wurde die Affäre in der Presse öffentlich gemacht.

Angaben zu den Quellen folgen in Teil 2.



## Tariflohn bei der Volkssolidarität

**Die Gewerkschaft ver.di begrüßt die Entscheidung der Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V., ab 1. Oktober 2019 wieder Vollmitglied des Arbeitgeberverbandes Paritätische Tarifgemeinschaft e.V. (PTG) zu werden. Damit wird für die rund 1.070 Beschäftigten aller Verbandsbereiche des Landesverbandes der Volkssolidarität der schon seit 1. Januar 2019 für die Sozialwirtschaft (Soziale Dienste und ambulante/stationäre Pflege) in Brandenburg gültige Flächentarifvertrag zwischen der Gewerkschaft ver.di und der PTG endlich angewendet.**

»Mit dem Eintritt in eine Vollmitgliedschaft in der Paritätischen Tarifgemeinschaft ist einer der größten Anbieter ambulanter Pflege/Krankenpflege in Brandenburg erstmals tarifgebunden. Wir hoffen nun, daß das Schule macht und möglichst viele andere Soziale Träger dem Beispiel der Volkssolidarität folgen«, so Ralf Franke, zuständiger ver.di Verhandlungsführer und Gewerkschaftssekretär beim ver.di-Bezirk Cottbus.

Die Gewerkschaft ver.di hatte von der Volkssolidarität eine wesentlich frühere Rückkehr in die Vollmitgliedschaft (Mitgliedschaft mit Tarifbindung) der PTG gefordert. Die Regelungen zur Refinanzierung der Lohnerhöhungen in der ambulanten Pflege hatten jedoch nach Auskunft der Volkssolidarität keine frühere Übernahme des Tarifvertrages zugelassen, was zu großem Unmut bei den Beschäftigten und Streikaktivitäten geführt hatte. Die Verhandlungen mit den Kostenträgern, insbesondere den Pflege- und Krankenkassen zur Erhöhung der Pflegevergütungen und damit zur Finanzierung der Tariflöhne in der Pflege, gestalteten sich jedoch langwieriger als gedacht und zogen sich bis Ende Juni hin. Und erst seit Ende Juli, so die Auskunft der Volkssolidarität, standen die Preise für die Zuzahlun-

gen der Pflegebedürftigen in der ambulanten Pflege fest. Die Volkssolidarität kann also erst ab 1. Oktober 2019 die höheren Pflegevergütungen (oder Pflegesätze) verlangen, da die Pflegebedürftigen über Kostenerhöhungen mindestens vier Wochen im Voraus informiert werden müssen.

»Das Verhandlungsprozedere zur Kostensatzerhöhung zwischen den Pflege- und Krankenkassen und den Trägern ambulanter/stationärer Pflege muß unbedingt beschleunigt werden«, so Meike Jäger, Fachbereichsleiterin Gesundheit beim ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. »Zwischen dem Tarifabschluß und der Übernahme des Tarifvertrages liegen bei der Volkssolidarität jetzt mindestens neun Monate. Dieser Zeitraum muß mit Blick auf zukünftige Tarifabschlüsse in der Branche wesentlich verkürzt werden.«

Allerdings sei nun auch festzuhalten, daß mit der Einigung bei den Kostensatzverhandlungen zwischen der Volkssolidarität und den Pflege- und Krankenkassen in Brandenburg deutlich geworden ist, daß die Träger der ambulanten/stationären Pflege die Tariflöhne und Tarifierhöhungen refinanziert bekommen.

»Es wird nun Zeit, daß weitere Träger Vollmitglied in der PTG werden, in Einzelverhandlungen

mit den Kostenträgern gehen und der neue Flächentarifvertrag bei möglichst vielen Einrichtungen angewendet wird. Nur so können neue Standards für gute Arbeit in der Sozialwirtschaft in Brandenburg gesetzt werden«, so Ralf Franke.

Ein Manko: Kostenerhöhungen in der ambulanten und stationären Pflege tragen in der Regel die Pflegebedürftigen selbst oder die Sozialhilfeträger. Die Gewerkschaft ver.di fordert daher, daß die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung entsprechend angepaßt werden müssen, wenn es zu Kostensteigerungen kommt. Der Landesverband der Volkssolidarität beschäftigt rund 500 Beschäftigte in der ambulanten Pflege und Krankenpflege. Weitere rund 570 Beschäftigte sind u.a. in Kindertagesstätten, in Kinder- und Jungeneinrichtungen und in Beratungsstellen des Landesverbandes der Volkssolidarität tätig.

Der Landesverband der Volkssolidarität war an der Entwicklung des Flächentarifvertrages zwischen der Gewerkschaft ver.di und der Paritätischen Tarifgemeinschaft e.V. (PTG) maßgeblich als Mitglied der Verhandlungskommission des Arbeitgeberverbandes beteiligt. Der Landesverband der Volkssolidarität ist allerdings im Dezember 2018 noch vor Inkrafttreten und vor der Unterzeichnung des neuen Flächentarifvertrages aus der Paritätischen Tarifgemeinschaft e.V. (PTG) ausgetreten, weil sich im Dezember 2018 abzeichnete, daß die Verhandlungen mit den Pflege- und Krankenkassen zur Erhöhung der Pflegevergütungen zur Finanzierung der Tariflöhne nicht schnell genug abgeschlossen werden können.

Dr. ANDREAS SPLANEMANN

## Ungezählte Alleen in der BRD

**Bislang fehlen Daten zu bestehenden Alleen im Bundesgebiet, um flächenübergreifende Maßnahmen zu etablieren. Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) erfaßt nun erstmals bundesweit Alleen und Baumreihen auf Basis von Geodaten, um sie langfristig zu schützen.**

»Alleen stellen ein einzigartiges Natur- und Kulturgut in Deutschland dar, doch zunehmend verschwinden sie«, beobachtet Prof. Dr. Jürgen Peters, Projektleiter an der HNEE. Dabei sind sie wichtig für die Biodiversität und den Klimaschutz. Außerdem vermeiden sie Winderosion im Offenland und dienen als Orientierung für Verkehrsteilnehmer. »Durch den Menschen gepfflanzt, bilden insbesondere Baumreihen mit einem hohen Altbaumanteil wichtige Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten in der vielerorts ausgeräumten Agrarlandschaft.«

Aktuell fehlt es jedoch an validen Daten in Deutschland, die beziffern, wie viele Alleen es noch gibt und in welchem Zustand sie sich befinden. Zugleich mangelt es an bundesweit einheitlichen Definitionen, woraus unterschiedliche Erfassungsmethoden resultieren. »Das Rätsel um die Anzahl, Länge und Lage aller Alleen und Baumreihen in Deutschland ist so noch längst nicht entschlüsselt«, sagt Annemarie Wilitzki, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt.

Anhand von Geodaten soll jetzt eine Ersterfassung aller Alleen in Deutschland erfolgen. Durch die Fernerkundung können künftig bundesweit vergleichbare und lückenlose Kartierungen auf regionaler Ebene stattfinden sowie eine Standardmethode für eine bundesweite Kartieranleitung entwickelt werden. Daraus ließen sich nicht nur die Bestände erfassen, sondern auch dessen Erhalt und die Erneuerung des vorhandenen Bestandes vorantreiben«, erklärt die HNEE-Wissenschaftlerin.

Für den in den letzten Jahren beschleunigten Verlust von Alleen an Bundes- und Landesstraßen wird die praktische Anwendung der 2009 in Kraft getretenen »Richtlinie für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme« (RPS) mitverantwortlich gemacht. Die Parlamentsgruppe Kulturgut Alleen des Deutschen Bundestages regte daher 2016 an, bundeseinheitliche Standards zur Bestandsanalyse zu entwickeln und Maßnahmevorschläge zur Sicherung und Erneuerung des Alleenbestan-



Foto: GERO MARMANN

des, auch für Neupflanzungen, zu entwickeln. Ziel des Projektes ist es, verschiedene Erfassungsmethoden sowie relevante Argumentationshilfen zum Thema »Alleenschutz, Erneuerung und/oder Neupflanzung von Alleen« zusammenzustellen. Dem Projekt »Alleen als schützenswerte Landschaftselemente – Bundesweite Erfassung und Sicherung von Alleen« liegt eine Masterarbeit zugrunde, in der eine Methode zur digitalen Erfassung von Alleen und Baumreihen an Straßen und Wegen im Offenland für das Bundesland Brandenburg entwickelt und bereits erprobt wurde.

ANNIKA BISCHOF

## Unkenntnis über Ostrenten

In der Diskussion über das Rentenniveau zwischen Linkspartei und CDU behauptet der sozial-politische Sprecher der Unionsparteien Peter Weiß, daß die meisten der 50 % aller Rentner, die weniger als 900 Euro erhalten, zusätzliche Einkünfte aus Betriebsrenten oder Einkommen aus Kapitalanlagen beziehen.

Dazu kann man nur feststellen, daß dieser Abgeordnete entweder über erschreckende Unkenntnisse über Renten in den neuen Bundesländern hat oder bewußt manipulierte Zahlen in dem bevorstehenden Wahlkampf in Sachsen, Thüringen und Brandenburg einbringt. In den neuen Bundesländern gibt es solche Rentner nur in einer verschwindend geringen Zahl mit völliger Bedeutungslosigkeit. Fast 30 Jahre nach der Einheit sollten endlich die wiederholt gebrochenen Versprechungen zur Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern eingelöst werden und in ganz Deutschland eine unbürokratische Mindestrente eingeführt werden, von der man leben kann und nicht in Altersarmut verfällt.

Dr. HELMUT KOCH

## Fête de la Viertel

7. September · 15 bis 21 Uhr · Potsdamer Platz

Am Samstag, den 7. September, findet in Eberswalde zum zweiten Mal das Stadtteilstfest FÊTE DE LA VIERTEL auf dem Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel statt.

In diesem Jahr ist das Fest größer. Auch der Platz vor der Schule bietet neben Ständen Aktions-, Bewegungs- und Spielangebote für Kinder und Erwachsene. Von 15 Uhr bis 21 Uhr wollen wir zeigen, was das Brandenburgische Viertel zu bieten hat.

Eröffnet wird das Fest um 15 Uhr vom Eberswalder Sozialdezernenten Prof. Dr. Jan König. Neben einem abwechslungsreichen multikulturellen Bühnenprogramm mit Musik und Gesang, zahlreichen kulinarischen Angeboten, verschiedenen Mitmachaktionen sowie vielen Aktionen und sportlichen Aktivitäten, gibt es Highlights wie eine Hüpfburg, Bogenschießen und Segways und Pedelecs zum Ausprobieren. Wer Lust hat, kann sich im Jonglieren üben – machen Sie mit beim Spirkus-Mitmachzirkus. Neben dem Russischen Chor, Pakistanischen und Somalischen Gesang und Teatime sorgen die Live Bands »Experience« und »One World« für Stimmung auf dem Platz. Linedancer und Boggie Woogie laden zum Tanzen ein.

Auch in diesem Jahr moderiert DJane Lady Undertone das musikalische Programm für Jung & Alt. Am Abend legen Larick & Lotti auf. Organisiert wird das Fest vom externen Quartiersmanagement Brandenburgischen Viertel der S.T.E.R.N GmbH. Unterstützt wird es vom Kulturamt, der WHG, der 1893 und den vielen Akteuren und Einrichtungen vor Ort. Vielen Dank dafür.

UTE TRUTTMANN & JULIA KLEMM

# Das Gedächtnis von Metallen

von Dr. Ulrich Pofahl

**Wie funktioniert das Gedächtnis von Metallen? Bestimmt hat jeder schonmal beobachtet, wenn man einen Stein auf eine ruhende und glatte Wasseroberfläche wirft. Dann gibt es einen plumpsenden Schall und es ist eine interessante Welle zu beobachten. Diese Welle breitet sich sowohl räumlich als auch zeitlich aus.**

Nun möchte man wissen, zu welchem Zeitpunkt an einer ganz bestimmten Stelle ein Wellental oder ein Wellenberg vorhanden ist. Dazu benutzt man das mathematische Modell der Wellengleichung.

Es gehört zum Teilgebiet der partiellen Differentialgleichungen, einem sehr komplizierten Gebiet der Mathematik. Für diese partiellen Differentialgleichungen gibt es keine einheitliche Theorie zum Lösen solcher Gleichungen, teilweise gibt es sogar keine Theorie, sondern nur Experimente und Fallstudien.

Partielle Differentialgleichungen treten bei vielen anderen Anwendungen auf, so beispielsweise beim Transport von Wärme in einem metallischen Leiter, bei der Modellierung eines Durchflusses von Flüssigkeiten durch Rohre oder bei der mathematischen Beschreibung einer schwingenden Membran.

Ein weiteres sehr interessantes Anwendungsgebiet tritt bei den Metallen mit Gedächtnis auf. Unter Metalle mit Gedächtnis sollen folgende Eigenschaften verstanden werden: Diese Metalle lassen sich im kalten Zustand verformen, kehren jedoch beim Erhitzen wieder in ihre ursprüngliche Form zurück. Man kann beispielsweise in der Medizin in einen Körper ein zusammengefaltetes Metallteil einsetzen, das sich dann bei Körpertemperatur in die gewünschte Form entfaltet. Oder man kann ein Ventil bauen, das kaltes Wasser passieren lässt, aber wenn warmes Wasser fließt, verschließt sich das Ventil.

Entscheidend für solche Eigenschaften ist eine gewisse Kristallstruktur des eingesetzten Metalls.

Wer einen metallverarbeitenden Beruf erlernt hat, kann sich sicherlich noch an die in

der Berufsschule erworbenen Kenntnisse beim Eisen-Kohlenstoff Diagramm erinnern. So ähnlich funktionieren auch Metalle mit Gedächtnis. Die Atome des Metalls befinden sich an den Eckpunkten der Kristalle. Die Kristalle selber, aus denen das Metall besteht, ordnen sich bei verschiedenen Temperaturen unterschiedlich an. Ändert sich nun die Temperatur, gibt es Phasenübergänge, und dabei entstehen Deformationen in der Kristallstruktur.

Diese lassen sich mit Hilfe der oben genannten partiellen Differentialgleichungen beschreiben, wobei zu beachten ist, daß nicht alle Phasenübergänge möglich sind. Hier liegt zur Zeit der eigentliche Forschungsschwerpunkt!

Es konnte gezeigt werden, daß sich beim Abkühlen aus der Hochtemperaturphase neue Inseln von Kristallen bilden, die in der Tieftemperaturphase bereits vorhanden waren. Ebenso kommen dann die Kristalle auf die Formen, die vorher vorhanden waren. Als Faustregel waren diese Erkenntnisse den Metallurgen bekannt, aber nun ist der theoretische Nachweis erfolgt.

Natürlich sind nun gewisse Metalle in den Blickpunkt der Forschung gelangt. Man muß feststellen welche Legierungen weisen eine Gedächtniseigenschaft auf und, falls das erfolgt ist, muß auch noch die Ausrichtung der Kristalle geprüft werden. Dazu wären viele Experimente nötig.

Die mathematische Beschreibung des Effektes von Metallen mit Gedächtnis schränkt aber die Suche nach solchen Materialien ungefähr auf die Hälfte aller möglichen Metalle ein.

Die Forschungen über Metalle mit Gedächtnis erfolgen in der BRD im Max-Planck-Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften in Leipzig.

## Freitags ist Kinotag in Joachimsthal

Am 30. August, um 20 Uhr, laden der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. und die Stadt Joachimsthal zum diesjährigen Wanderkino-Abend in den Skulpturengarten am Joachimsthaler Platz. Gezeigt werden die Komödien »Polizei« von Charlie Chaplin, »Was tragen die Schotten da drunter« von Laurel & Hardy und »Das Boot« von Buster Keaton.

Wie in den Vorjahren reisen GUNTARD STEPHAN (Violine) und TOBIAS RANK (Piano) mit ihrer umgebauten Magirus Deutz-Feuerwehr an, spannen die Leinwand auf, führen die Filme vor und begleiten sie musikalisch. Ein unvergleichliches Open-Air-Erlebnis in der spätsommerlichen Abenddämmerung!

Der Eintritt beträgt 8 Euro, ermäßigt 5 Euro. Das Heidekrug-Team bietet Getränke an. Bei

schlechtem Wetter findet die Vorführung im Heidekrug statt.

Am 6. September zeigen wir um 19.30 Uhr im kommunalen Kino den Film »Der Junge muß an die frische Luft« (Deutschland 2018).

Der Film erzählt von Hape Kerkelings Kindheit im Ruhrpott, von starken Großmüttern und vom Verlust seiner geliebten Mutter. Mit dem wunderbar natürlich spielenden Julius Weckauf als Hape Kerkeling rekonstruiert er liebevoll das Milieu der kleinen Leute. Bei aller Komik ist er auch die genaue Studie einer Gemeinschaft der Verdrängung, ein Bild von Menschen, die, noch immer traumatisiert vom Krieg, das Lachen wie die Luft zum Atmen brauchten (Länge: 99 Minuten, FSK: 6).

GISBERT AMM



## Tage des Offenen Buches Brandenburg

Liebe Freundinnen und Freunde eines gepflegten Leseabends, ich darf in den wohl spannendsten Bücherherbst einladen, den Brandenburg bisher erlebt hat. Bevor aber jemand an Fontane denkt, möchte ich gleich bremsen: Das hat mit vielem zu tun, aber kein bißchen mit Fontane.

Am 7. und 8. September lädt die Künstlerin und diesjährige Kunstpreisträgerin Brandenburgs, Christiane Wartenberg, auf ihr atmosphärisches Gehöft im Letschiner Ortsteil Ortwig zu einer Ausstellung mit Künstlerbüchern und Fotografien von Ingar Krauss ein. Die Buchkünstler werden anwesend sein und einige werden auch lesen.

Für den 8. September hatte ich eine Vorab-Tour auf mein neues Buch durch das Finowtal der Nachkriegszeit angeboten. Das Interesse an der Tour ist überwältigend und die Tour in jedem Falle ausgebucht. Ich kann aber schon sagen, daß ich die am Finowkanalfest-Wochenende 2020 wiederholen werde.

Den Höhepunkt des Bücherherbstes werden aber die 1. Tage des offenen brandenburgischen Buches vom 3. bis 6. Oktober bilden. In 15 Orten des Landes wird es Veranstaltungen um Bücher aus und/oder über Brandenburg geben. Ich habe die große Hoffnung, daß damit die Grundlage für die Bildung eines großen und vielschichtigen Netzwerks Brandenburger Büchermacher gelegt ist. Ich selbst werde an diesem Wochenende in Potsdam aus meinem Buch über Irland vorlesen. Den Höhepunkt des Höhepunkts wird es jedoch mit der 1. Ausstellung »Schöne Bücher aus Brandenburg« im Kleist-Museum Frankfurt (Oder) geben. Ich bin überzeugt davon, daß dort ein Großteil der besten aktuellen Buchkunst aus Brandenburg zu sehen sein wird.

Und um den Herbst abzurunden, kann ich auch in diesem Jahr wieder die Messe »Schöne Bücher aus Brandenburg« für den 30. November in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam ankündigen.

Beste Grüße, HANS JÖRG RAFALSKI

[papierwerken.com](http://papierwerken.com) · [rafalskikommunikation.com](http://rafalskikommunikation.com) · [facebook.com/brandenburgerbuecher](https://facebook.com/brandenburgerbuecher)  
Zu aktuellen Informationen über die Tage des offenen brandenburgischen Buches geht es auf facebook unter @BrandenburgLesen. Und unter facebook/brandenburgerbuecher stellen sich die Teilnehmer der Buchmesse vor.



## Edition Mezopotamya

Am 12. Februar 2019 wurde der kurdische Mezopotamien Verlag – ebenso wie der benachbarte MiR Musikvertrieb – von Bundesinnenminister Horst Seehofer verboten und aufgelöst.

Beiden wird unterstellt, Unterorganisationen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) zu sein. Der Mezopotamien Verlag hat Romane und Biographien aus der kurdischen Bewegung, Schriften von Abdullah Öcalan, ein Sprachlehr- und ein Wörterbuch, Kinderbücher und vieles mehr veröffentlicht, außerdem Bücher auf Türkisch und Kurdisch aus anderen Verlagen vertrieben, darunter viele Klassiker der Weltliteratur.

Keines dieser Bücher ist in der Vergangenheit in Deutschland verboten oder auch nur in irgendeiner Weise beanstandet worden. Dennoch wurden sie tonnenweise beschlagnahmt, so daß sie für den Buchhandel und die Leserschaft nicht mehr erreichbar sind.

Das werten wir als Zensur durch die Hintertür. Die wichtigsten der deutschsprachigen Titel des Mezopotamien Verlags werden nun als Edition Mezopotamya von den drei Verlagen Unrast (D), Mandelbaum (A) und Edition 8 (CH) neu aufgelegt und bis zur Frankfurter Buchmesse im Oktober 2019 für den Buchhandel wieder verfügbar gemacht werden. Eine Vorschau auf die wieder aufzulegenden deutschsprachigen Titel (und einen Spendenaufruf zur Finanzierung der Druckkosten) gibt es im Internet unter der Adresse: [www.unrast-verlag.de/news/3404-gegen-zensur-fuer-publikationsfreiheit-spendenauf-ruf-edition-mezopotamya](http://www.unrast-verlag.de/news/3404-gegen-zensur-fuer-publikationsfreiheit-spendenauf-ruf-edition-mezopotamya).

UNRAST-VERLAG

## Wandertips

von BERND MÜLLER

### Der Krebs von Mohrin

Sonntag, 1. September, Autotour mit kleinen Wanderungen und Besichtigungen am Wegesrand im ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark (Polen)

Wir fahren über die Grenze (gültiger Personalausweis!) rechts bis Alt Lietzegöricko und biegen dort in das Dianen-Tal ein. Nach kurzem Halt Höhe Försterei kommen wir nach Mohrin. Wir spazieren durch das Stadtzentrum und hören die Sage vom Krebs im See. In der Mokka Milch Eisbar oder einer der kleinen Gaststätten gibt es Gelegenheit zum Mittagessen. Nach der Mittagspause spazieren wir entlang der Promenade vorbei an Mammut und Säbelzahntiger bis zum Strandbad, das uns bei entsprechendem Wetter zu einer kurzen Bade-pause einlädt. Weiterfahrt bis Groß Wubiser. Nach kurzer Erklärung geht es nach Grüneberg, Karlstein und Zehden. Die Tour endet am Ausgangspunkt am späten Nachmittag.

Treff: 10.30 Uhr Hotel Zur Fährbühne, Fährweg 17, 16259 Bad Freienwalde OT Hohenwutzen. Mindestteilnehmerzahl 10 Personen. Die Tour kann als Selbstfahrer oder Mitfahrer erfolgen. Gebühren: Erwachsene 5 €, ermäßigt 2,50 €.

### Zur Pritzhagener Mühle

Sonntag, 8. September, Wanderung (8 km)

Manuela Grundmann lädt heute ein zur Wanderung von Buckow zur Pritzhagener Mühle und zurück am Stobber entlang.

Treff: 11 Uhr, Schiffsanlegestelle am Strandbad Buckow, Wriezener Straße 38, 15377 Buckow

Anmeldung unter 03344/3002881 oder [wandermueller@aol.com](mailto:wandermueller@aol.com). Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

## Wanderausstellung

Die multimediale Ausstellung des Deutschen Bundestages macht nach 2014 erneut in Eberswalde Station. Vom 9. bis 13. September können sich alle Bürgerinnen und Bürger in der Rathauspassage auf vielfältige Art und Weise über die Arbeit des Parlaments informieren. Auf einundzwanzig Schautafeln werden wesentliche Informationen über den Bundestag vermittelt. Das Angebot umfaßt eine Vielzahl von Informationsmaterialien zur kostenlosen Mitnahme. Auf zwei Computerterminals können z.B. Filme und der Internetauftritt des Deutschen Bundestages angeschaut werden. Die Ausstellung wird von einer Honorarkraft des Deutschen Bundestages betreut, die für Fragen rund um den Deutschen Bundestag zur Verfügung steht. Interessierte Besuchergruppen, z.B. Schulklassen, können sich für einen Vortrag über Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments anmelden. **SEBASTIAN SCHMIDT**

### Nachruf

Die Nachricht, daß unser langjähriger Mitstreiter und Freund

## Dieter Kempfert

am 18. August 2019 ganz plötzlich verstorben ist, erfüllt uns mit tiefer Trauer. Im Dezember wäre er 82 Jahre alt geworden.

Von Beginn an gehörte Dieter zu jenen Lesern der »Barnimer Bürgerpost«, die mit eigenen Beiträgen zur inhaltlichen und stilistischen Vielfalt unserer Leserschaft beitragen.

Schwerpunkte seines Schaffens waren neben historischen Themen, wie zum Beispiel seine Artikelserie über die Novemberrevolution in Eberswalde, persönliche Erinnerungen oder Geschichten, die er anhand wahrer Begebenheiten nacherzählte, auch Beiträge über Wanderungen in unsere schöne Umgebung. Er liebte seine Heimat und sein Herz schlug links. Daher engagierte er sich nach 1990 in der PDS und später in der Partei DIE LINKE.

Wir werden Dieter Kempfert nicht vergessen. Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen, insbesondere seiner Frau Ingeborg.

*Dr. MANFRED PFAFF, Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.  
GERD MARKMANN, Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«*

Kanaltheater:

## Kläh of Kläns – Mandy kehrt zurück

31.08.2019 · 20 Uhr · Theaterzentrale · Fritz-Weineck-Str. 10 · Eberswalde-Finow

Mandys Abgang ist legendär. Alle wollten sie weg aus diesem Kaff, aber Mandy hat es wahr gemacht. Sie hat alles auf eine Karte gesetzt und ihr Glück gesucht. Jahrelang hat sie nichts von sich hören lassen. Kein Lebenszeichen, kein Sterbenswörtchen.

Doch nun kehrt Mandy zurück, ob es ihrer Familie und ihren früheren Freunden paßt oder nicht. Aber was hat sie vor? Wird sie investieren? Will sie etwa bleiben? Mandy hat einen Plan und den gedenkt sie zu verwirklichen. Im Zweifelsfall auch gegen Widerstände.

Es wird ein Fest! (wie bei jeder guten Serie, geben wir einen Rückblick auf Teil 1 ...)

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über einen Postzustelldienst wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN  BIC  Bank

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Geschenkabon für:

Name und Anschrift

**Coupon senden an:** Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

## Das BBP-Geschenk-Abo

Auf Anregung unseres Lesers SVEN WELLER aus Finowfurt gibt es seit diesem Jahr die Möglichkeit, daß Sie, liebe Leserinnen und Leser, Ihre Freunde, Bekannten und Verwandten oder auch gemeinnützige Einrichtungen, Pflegeheime, Arztpraxen und so weiter, mit einem Geschenk-Abo der »Barnimer Bürgerpost« beglücken können.

Sven Weller hat die Idee bereits für sich umgesetzt, so daß seit dem Frühjahr zwei Seniorenheime in Altenhof und Lichterfelde jeweils zwei Exemplare unserer unabhängigen Leserschaft zum Lesen für ihre Bewohnerinnen und Bewohner erhalten.

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Initiative von Sven Weller aufgreifen und entsprechend Ihren Möglichkeiten ebenfalls mit einem Geschenk-Abo für Adressaten Ihrer Wahl für die Verbreitung der »Barnimer Bürgerpost« und damit zugleich natürlich auch zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlage der BBP beitragen würden. *BBP-Redaktion*

### Rentensprechstunde

Der nächste Termin ist am 11. September von 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

## Finower Treppenlauf

Der Förderverein Finower Wasserturm und sein Umfeld e.V. hatte sich bereits im vorigen Jahr entschieden, den Treppenlauf in den Spätsommer zu verlegen.

**Nun wird der Lauf am Samstag, den 7. September, ab 10 Uhr stattfinden.** Ich bitte alle Interessierten sich den Termin freizuhalten und ihn anderen bekanntzumachen. Weitere Informationen auf [www.wasserturm-finow.de](http://www.wasserturm-finow.de).

Wie gewohnt, wird es am Rande etwas Kultur und Verpflegung geben.

*RINGO WRASE*

## impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**internet:** [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

**redaktion:** Gerd Markmann

**drucker:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 21. August 2019

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.*

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 18. September 2019.